

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Ks 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rbb)

8. Jahrgang.

Donnerstag, 29. März 1928.

Nr. 76.

Im Jubiläumsjahr — auf die Straße!

Der tschechisch-deutsche Bürgerblock ist zur offenen Gewalt geschritten, um den Raub an der Sozialversicherung zu vollbringen. Im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses haben die Koalitionsbrüder die Redefreiheit abgewürgt. Die Hausrechtsbestimmungen der Geschäftsordnung, einstens von den Deutschbürgerlichen bekämpft, seit ihrem Regierungseintritt zu den deutschaktivistischen „Belangen“ gehörig, machen alles möglich. Diesen Zensurstrich für die Opposition hat man hervorgeholt und die tschechisch-deutsche Bürgerkoalition hat mit ihm die Kritik an der Verschlechterungsvorlage der Regierung erdroffelt. Ohne einen wirklichen Fachmann auch nur anzuhören, lediglich nach Parteibedürfnissen und aus stumpfsinnigstem Arbeiterhaß heraus, wurde die Vorlage ausgearbeitet, und nun will die Koalition auch die Kritik an dem Schandwerk verhindern. Durch den vorbereiteten Antrag auf Schluß der Debatte und die Wahl von Generalrednern wurde allen vorgekehrten Rednern das Wort abgeschnitten. Ein Subkomitee hat den Auftrag, in der Zeit vom 11. bis 20. April die Komödie einer Scheinberatung vorzunehmen und anfangs Mai — alles geht nach festgesetzten Fristen und nicht nach dem Grad der Wichtigkeit des Verhandlungsgegenstandes — soll das Verbrechen in den beiden Kammern seine Vollendung finden. Man kennt die Methode der Durchpeitschung, die früher auch bei den deutschbürgerlichen Parteien die schärfste Mißbilligung gefunden hat, während sie jetzt zu ihren eifrigsten Förderern zählen. Die Koalition ist einzig, was braucht es da noch vieler Reden! Kritik an den Maßnahmen der Koalition ist bei ihr mißliebig und die Parole heißt: Frisch Vogel oder stirb!

Die Regierungsparteien fuchen die Brutalisierung der Redefreiheit damit zu beschönigen, daß sie behaupten, die sozialistische Opposition wolle durch Obstruktion die Verhandlung der Sozialversicherungsnovelle verhindern, und sie tun so, als wenn sie durch ihr Vorgehen nur die Absicht verfolgten, das demokratische Prinzip vor dem Terrorismus der Minderheit zu schützen. Wer ist denn diese Mehrheit? In der Zahl der Abgeordneten besteht sie wohl noch; aber kann sie sich auch noch auf die Mehrheit der Wähler stützen? Jede Gemeindevahl beweist den Abbröckelungsprozeß, dem sie unterworfen ist, und würden heute Wahlen vorgenommen werden, so würde sich zeigen, daß eine Minderheit den Staat beherrscht. Was ist die Ausübung dieser Herrschaft ermöglicht, das ist die Karikatur einer Demokratie, wie sie im tschechoslowakischen Staate sozialagender landesüblich geworden ist. Und was diese in Wirklichkeit gar nicht mehr bestehende Mehrheit tut, welcher Methoden sie sich bedient, dadurch hat sie sich längst des Rechtes begeben, demokratischen Respekt zu beanspruchen. Nicht die Regierungsmehrheit, sondern die Opposition handelt in Notwehr. Wenn die Opposition die Durchpeitschungsabsichten der Bürgerblocker zu verhindern trachtet, so ist es keine Frage, auf welcher Seite das moralische Recht zu suchen ist.

Doch der tschechisch-deutsche Bürgerblock fragt nicht nach Recht und Moral. Ist es nicht empörendstes Unrecht, daß er das trotz vieler Mängel für die Arbeiterschaft wichtigste und wertvollste Gesetzwerk der Sozialversicherung zu demolieren sich anschickt! Die deutsche Arbeiterschaft hat vom Bürgertum ihrer Nation nie etwas anderes erwartet, als Verständnislosigkeit gegenüber ihrer sozialen und politischen Forderungen und bödsartigste Feindschaft. Aber das tschechische Bürgertum, dessen Reich-tum doch erst jüngeren Datums ist — hat es nicht alles, was es geworden ist, der nationalen Revolution zu danken, die ohne die Hilfe der tschechischen Arbeiterschaft niemals Erfolg gehabt hätte! Ist es nicht ungeheuerliches Unrecht und beispielloser Undank, daß dieses Bürgertum, das sich mit der Gefügigkeit von Saßischen zum Plagen voll bereichert hat, der tschechischen Arbeiterschaft den Dank dadurch abstattet, daß es im Jubiläumsjahr der nation-

Sturmjahren im Senat.

Die Minderheit durch den Referenten Roháček provoziert. — Stürmische Auftritte vor der Ministerbank.

Prag, 28. März. Die überstürzte Beratung der Mieterschutzvorlagen im Senat und die Unmöglichkeit einer Änderung an der Vorlage, die schon in den nächsten Tagen vom Präsidenten unterschrieben und verlaubar werden muß, weil die alte Vorlage bereits mit 31. März außer Kraft tritt, hatte im Senat unter der Opposition begrifflicherweise eine erregte Stimmung hervorgerufen. Trotzdem verlief die Abstimmung verhältnismäßig ruhig und erst eine dreifache Provokation durch den Referenten Roháček machte der Geduld der Opposition ein Ende. Dann gab es allerdings Sturmjahren, wie sie der Senat seit langem nicht mehr gesehen hat: sie waren aber keineswegs künstlich heraufbeschworen, sondern wurden mit elementarer Gewalt durch das breite Grinsen des Herrn Roháček ausgelöst. Im Augenblick war der sonst so nüchtern und ruhige Senat nicht wiederzuerkennen, und dem Referenten mag es nicht wohl zumute gewesen sein, als er sah, was er angerichtet hatte. Zu Täuschungen fehlte nicht mehr viel.

Herr Roháček und alle andern Koalitionsparteiler mögen die heutigen Auftritte als Warnungssignal beherzigen: Jede Geduld hat einmal ein Ende, wenn die Opposition derart mißachtet und zum Schluß noch im offenen Hause direkt beschimpft wird. Wenn Herr Präsident Stuba aus den heutigen Vorfällen Konsequenzen ziehen will, dann möge er nur hübsch mit einer Moralpredigt seinen eigenen Leuten gegenüber anfangen und einen Anstandsunterschied für ungehebelte Koalitionssensoren in die Wege leiten. Andernfalls wird die Opposition diese Erziehungsarbeit bei der nächsten Gelegenheit neuerdings selbst in die Hand nehmen müssen!

Der Vorsitzende eröffnet um halb 12 Uhr mittags die Sitzung und nimmt die zweite Lesung der gestern angenommenen Vorlagen über die Vergütung und die Adoption vor. Die Kommunisten protestieren erregt gegen das politische Verbot ihrer für heute angesetzten Mieterschutzdemonstration in Prag.

Dann wird die Mieterschutzdebatte fortgesetzt, in der als erster Redner

Genosse Löw

zu Worte kommt. Seinen mehr als einstündigen Ausführungen, die sich stellenweise in der schärfsten Form gegen die heutige Mehrheit, und namentlich gegen den Finanzminister Engliš wenden, entnehmen wir folgende Stellen:

Nachdem die Agrarier ihren Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes vollzogen und auch die Herren Gewerbeindustrieller und die Christlichsozialen zu all dem ihren Zogen gegeben hatten, ist es doch selbstverständlich, daß nun auch die Arbeiter mit dem Hausbesitz nicht zurückbleiben können und daß auch sie auf den Plan treten, um ihre Taschen in Sicherheit zu bringen.

nationalen Befreiung in Gemeinschaft mit der deutschen Bourgeoisie jenes Wert zerstört, durch das es einen Teil des Dankes an die tschechischen Arbeiter für ihre Teilnahme an der nationalen Revolution abzustatten gelobt hatte! Das Ergebnis der nationalen Befreiung ist heute, nach zehn Jahren, so: die tschechische Bourgeoisie hat sich satt gegessen, die tschechische Arbeiterschaft dagegen muß genau so wie die deutsche Arbeiterschaft bei niedrigsten Löhnen, welche die Tschechoslowakei in der Statistik erst an vierzehnter Stelle in der Reihe der europäischen Staaten erscheinen lassen, ihr Leben fristen. Die tschechische Bourgeoisie hat sich der Staatsmacht bemächtigt, hat durch ihre Profitgier die tschechische Arbeiterschaft von der Mitverwaltung des Staates ausgeschlossen und hat sich mit den Vertretern der deutschen Besitzklassen zur gemeinsamen Ausplünderung und Entrechtung der tschechischen und deutschen Arbeiterschaft verbündet. Erst die agrarischen Ausbeuterzölle mit der Erhöhung der Pfaffen-gelöhne, dann die politische Entrechtung mit der Verwaltungsreform und dem Gemeindefinanzgesetz, der verstärkte Steuerdruck durch die Steuerreform, mit gleichzeitigen Steuerpräferenzen für die Besitzenden, weiters die Verschlechterung des Wohnens durch die Verschlechter-

ung des Mieterschutzgesetzes und nun zur Krönung den Ausschluß einer Million arbeitender Menschen vom Rechte der Anteilnahme auf Versorgung im Alter und Entwindung der Verantwortung der von der Arbeiterschaft geschaffenen sozialen Fürsorgeinstitute aus den Händen der Arbeiterschaft, zu gleicher Zeit Verdoppelung der Pensionen der k. u. k. Generale — das ist das Resultat der nationalen Befreiung für die arbeitenden Massen. Das zehnte Jahr nach der Errichtung des neuen Staates sieht die international vereinigte Bourgeoisie an der Arbeit, die Entrechtung und Verelendung der werktätigen Massen zu vollenden.

Der Gewaltstreik der Bürgerkoalition gegen das Recht der Kritik an der verbrecherischen Modellierung des Sozialversicherungsgesetzes verlegt das Schwergewicht des Kampfes gegen sie in die Massen. Es ist nicht die Schuld der sozialistischen Parteien, wenn gerade im Jubiläumsjahr der Republik der Kampf gegen ihre soziale Entrechtung auf die Straße getragen werden wird, sondern die Schuld jener, die nichts sehen als ihren Geldsack und die, aller sozialen Einsicht bar, glauben, sich gegenüber der Arbeiterschaft schon alles erlauben zu können!

90 Prozent aller Gemeinden haben eine Bevölkerungszahl von weniger als 2000;

90 Prozent der Gemeinden sind also von der Aushebung des Mieterschutzes bedroht!

Es soll sogar unter den Hausbesitzern anständige Menschen geben und darum will ich nicht generalisieren, aber das steht fest, daß der größte Teil von ihnen von der Mündigkeitsmöglichkeit ausgehenden Gebrauch machen wird! In alten Häusern ist heute schon das Wohnen zur Hölle geworden, denn bei jeder Gelegenheit bekommt es der Mieter zu spüren, wie sehr es den Hausherren fränkt, daß er aus dem Hause infolge des Mieterschutzes nicht noch viel mehr Geld herauskriegen kann. In Gemeinden, wo sozialdemokratische Mehrheiten bestanden, wurde auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge allerdings viel geleistet; dort aber, wo 1923 diese Mehrheiten verschwunden sind, ist allerdings nachher fast überhaupt nichts geschehen. In Karlsbad können 20.000 Kurgäste zu gleicher Zeit mit Leichtigkeit unterkommen, aber für die ständigen Bewohner, für die Arbeiter und Angestellten hat diese Stadt auch gar nichts unternommen.

Zimmer lauter wird der Schrei der Empörung gegen dieses farnose Gesetz.

Die letzte Nummer des „Lichtes“ der Kriegsverletten schildert, wie Not und Elend in ihren Familien Einkehr halten. Aber weder die Regierung noch die Besitzenden haben auch nur ein menschliches Verständnis für diese Armen und Kerkern!

Redner wendet sich dann gegen den Finanzminister Dr. Engliš, der der ausgesprochene Feind der Selbstverwaltungskörper ist, und übt an seinem Gemeindefinanzgesetz die härteste Kritik. Wenn die Gemeinden heute außerstande sind, in Wohnungsfragen helfend einzugreifen, wenn die Gemeinden nicht einmal mehr die Schulen heizen können, wenn die Kranken in den Spitälern nicht mehr ihre Pflege bekommen und wenn wir sie nicht mehr speisen können, dann ist Dr. Engliš daran schuld.

In den Versammlungen draußen wird es unsere Pflicht sein, den Dr. Engliš in das richtige Licht zu

setzen. Es wird die Zeit kommen, wo diese papierernen Gesetze auf einen Haufen zusammengetragen werden, um dort dem Feuer überliefert zu werden.

Die Durchführungsvorordnung wird viel später herauskommen, viele in der Zwischenzeit eingebrachte Gesetze werden dann nicht richtig abgestimmt sein und werden zurückgeschickt werden müssen, was neue Verzögerungen im Bauen zur Folge haben muß. Von dem im Vorjahr ausgeworfenen Garantiefonds von 120 Millionen ist bis heute kein Heller ausgegeben worden und es werden wahrscheinlich auch die 150 Millionen von heuer liegen bleiben; es wird nicht möglich sein, davon Gebrauch zu machen, weil die Durchführung noch nicht da ist, weil die Amortisationsquote ebenfalls noch nicht da ist, und dann muß wieder erst nachgewiesen werden, daß die Zinsen- und Annuitätenzahlung uneinbringlich ist. Es ist also ausgeschlossen, daß man einen Heller davon bekommt. Wir hätten geglaubt, daß Herr Engliš bezüglich der Ausföhrung etwas weitsichtiger sein werde, als es tatsächlich der Fall ist.

sehen. Es wird die Zeit kommen, wo diese papierernen Gesetze auf einen Haufen zusammengetragen werden, um dort dem Feuer überliefert zu werden.

Die Kurzfristigkeit der Regierung zeigt sich namentlich auch darin, daß nicht wenigstens die Ausföhrungsvorlage auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt wurde.

Die Durchführungsvorordnung wird viel später herauskommen, viele in der Zwischenzeit eingebrachte Gesetze werden dann nicht richtig abgestimmt sein und werden zurückgeschickt werden müssen, was neue Verzögerungen im Bauen zur Folge haben muß. Von dem im Vorjahr ausgeworfenen Garantiefonds von 120 Millionen ist bis heute kein Heller ausgegeben worden und es werden wahrscheinlich auch die 150 Millionen von heuer liegen bleiben; es wird nicht möglich sein, davon Gebrauch zu machen, weil die Durchführung noch nicht da ist, weil die Amortisationsquote ebenfalls noch nicht da ist, und dann muß wieder erst nachgewiesen werden, daß die Zinsen- und Annuitätenzahlung uneinbringlich ist. Es ist also ausgeschlossen, daß man einen Heller davon bekommt. Wir hätten geglaubt, daß Herr Engliš bezüglich der Ausföhrung etwas weitsichtiger sein werde, als es tatsächlich der Fall ist.

Die Gemeinden werden dazu verpflichtet werden müssen, Kleinwohnungen zu bauen.

Was bis jetzt geschah, ist nur dazu angetan, den Bemittelten die Möglichkeit zum Bauen zu geben; die Unbemittelten haben keine Möglichkeit hierzu. Selbst bei den Vangensoffenschaften konnten nur diejenigen bauen, die nach dem alten Gesetz mindestens 10 Prozent der Gesamtsumme aus eigenem Aufwande haben; später und auch in dem vorliegenden Gesetz ist man bis auf 30 Prozent hinaufgegangen. Was wird mit denen, die diese Summen nicht aufbringen können? Auch für die muß der Staat doch irgendwie sorgen, daß sie ein Obdach bekommen, denn sie haben doch ebenso ein Recht darauf wie die Besitzenden. Der Privatkapitalist wird nicht für Kleinwohnungen sorgen; dafür kann nur die Gemeinde in Frage kommen und da müßte man eben für eine ausgiebige Staatsunterstützung an die Gemeinden sorgen, damit diese Kleinwohnungen bauen können; aber diese sind ja nicht einmal mehr in der Lage, die Straßen halbwegs in Ordnung zu halten, seit man ihnen die Mittel derart beschneidet. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung endlich einmal all diese unhaltbaren Zustände ein Ende bereitet! (Beifall.)

In der weiteren Debatte sprechen von der Opposition die Kommunisten Sampl, Prusa und Kucera und die Nationalsozialisten Pánel und Frau Plaminkova. Für die Koalition gingen Stodola (tsch. Agr.), der Nationaldemokrat Miller und der tschechische Agrarier Havella in die Debatte. Namentlich letzterer spielte sich gänzlich als Vertreter der Hausherreninteressen auf, suchte die Zinserhöhung als gänzlich unbedenklich hinzustellen und wechslte über die Politisierung des Mieterschutzes, die einen radikalen Abbau bisher verhindert habe. Die Hausherren erhielten durch die neue Vorlage nur einen ganz kleinen Bruchteil der Rechte, die man ihnen seinerzeit nahm und erst nach gänzlicher Aufhebung des Mieterschutzes werden die Hauseigentümer wieder ihre eigenen Herren sein. Die Hausherren seien nicht zufrieden, aber sie seien wenigstens jenen Parteien dankbar, die sich ihrer angenommen haben, und für sie ein gutes Wort hatten.

Gegen 5 Uhr nachmittags war die Debatte beendet und es gelangten die zahlreichen von der Opposition gestellten Änderungsanträge zur Berlesung. Die Referenten hatten dann ihr Schlußwort, das neben einigen schönen Phrasen von der Notwendigkeit eines Kompromisses nicht viel Neues enthält. Kucera hält einen allmählichen Übergang durch Vermehrung der Mündigungsgründe für besser als eine plötzliche Aufhebung des Mieterschutzes, und begrüßt die Ankündigung eines definitiven Gesetzes auf längere Zeit hinaus.

Um 5.45 Uhr abends schreitet dann der Senat zur

Abstimmung.

die zunächst, von gelegentlichen Zwischenrufen abgesehen, ziemlich ruhig verlief. Genosse Jolli ruft: Die Gensersarbeit beginnt! Der Vorsitzende Pruban war sichtlich bemüht, die Abstimmung so bald als möglich zu beenden; er überstürzt sich förmlich bei der Ankündigung der einzelnen Abstimmungen und steht bei der Konstatierung der Mehrheit oder Minderheit oft nicht einmal auf. Als die Mehrheit bei der Abstimmung nicht recht bei Stimmung ist, ruft Genosse Jolli unter allgemeiner Heiterkeit: „Hände hoch! Mehr Begeisterung!“ Die Ankündigung, daß die Ausföhrung in erster Lesung an-

genommen ist, fordert zu verstärkten Zwischenrufen auf. Dann kommt der Mieterschutz an die Reihe. Hier kommt es beim Paragraphen 32, der die Aufhebung des Mieterschutzes in den kleineren Gemeinden vorsieht, zu lebhaften Auseinandersetzungen, die sich wiederholen, als auch diese Vorlage angenommen ist. Inzwischen entspinnt sich zwischen den Genossen Karolm, Starl, Deutel usw. eine Diskussion mit den benachteiligten Christlichsozialen, bei der Böhr beschuldigt wird, die Hände herumfuchtelnd, unsere Genossen überschüttet die Regierungsparteien mit Vorwürfen, auch die Kommunisten schlagen Lärm, doch hält sich alles noch in parlamentarischen Grenzen und der Vorsitzende kann durch energisches Vantzen die Ruhe wieder herstellen. Auch die Vorlage über die exekutive Räumung wird angenommen und dann den drei Vorlagen das abgeklärte Verfahren zuerkannt.

Genosse Dr. Heller ruft in den Lärm: Jetzt werden die Leute auf die Straße gesetzt mit Eueren elenden Gesetzen!

Erst bei der Abstimmung über die von der Opposition eingebrachten Resolutionen flammte mit einem Male die in der Opposition schlummernde Empörung mit elementarer Gewalt auf. Schuld daran ist der Referent der Mehrheit Rohačel, der nach der Verlesung der ersten Resolution des Senats Rimal breitfüßig auf der Tribüne steht und mit einem vernünftigen Lächeln erklärt, er beantrage die Ablehnung der Resolution, ohne auch nur ein einziges Wort zur Begründung anzuführen. Diese offensichtliche Mißachtung der Opposition löst explosivartig Kravallszenen aus, wie sie im Senat schon lange nicht mehr üblich waren.

Genosse Dr. Heller ruft dem Vorsitzenden ertzt zu: Herr Präsident, er hat doch zu begründen, warum er die Resolution ablehnt!

Genosse Karolm: So viel Anstand könnte er schon noch aufbringen!

Im selben Augenblick setzt auf den Bänken unserer Genossen, der tschechischen Sozialdemokraten und der Kommunisten, die in der linken Ecke des Saales beisammen sitzen, ein ohrenbetäubender Lärm ein, der sich gegen das ungehobelte Benehmen des Referenten richtet. Genosse Foll läßt seine Aktentasche mit voller Wucht auf sein Knie niederfallen; der Knall gibt das Signal zu einem

Pulverdeffekonzert.

das allen anderen Lärm überbietet. Schließlich springen unsere Genossen, voran Dr. Heller und Polach, aus den Bänken und laufen vor die Ministerbank, von dort aus den Referenten, dem etwas plötzlich das Grinsen vergangen ist, mit einem Hagel von Zurufen überschüttend. Im Nu ist die ganze Opposition vor den Bänken beisammen und schreit wütend auf den Redner und den Präsidenten ein. Plötzlich liegt eine Schreibmappe von der Ministerbank gegen die Rednertribüne; Genosse Löw erwischt eine Aktentasche und stürzt damit gegen die Rednertribüne; erst im letzten Augenblick wird er davor zurückgehalten, so dem Referenten an den Kopf zu schleudern. Sofort postiert sich eine Reihe von Senatsangestellten schützend vor den Referenten und sperrt den Zugang zum Präsidium ab. Ein Kommunist packt einen der Ministerfessel und will ihn in die Höhe schwingen, doch schreiten die Angestellten noch rechtzeitig ein.

Der Referent steht blaß wie eine Leiche auf seinem Platz, der Vorsitzende bemüht sich vergebens, Ordnung zu schaffen und die erregten Gemüter zu beschwichtigen. Jeder derartige Versuch wird mit verstärktem Kravall beantwortet.

Wortel. Aus dem Getümmel versteht man nur einen besonders lauten Zuruf: So ein Frechdachs! und ähnliches.

Diese Kravallszenen, in die sich gelegentlich auch gelle Pfeifentöne mischen, dauern fast eine Viertelstunde an. Endlich flaut die Erregung ab und die Abwägung der Resolutionen geht weiter. Der Referent Rohačel, der an allem schuld ist, verschwindet bald vom Schauplatz und der nächste Referent, Karas, bequemt sich dazu, die Ablehnung jeder Resolution wenigstens mit ein paar Sätzen zu begründen. Aber noch öfters kommt es zu Reibereien.

Zum Schluß bringt der Vorsitzende noch einmal die Opposition in Harnisch, als er sein Bedauern über die letzten Vorfälle ausdrückt und erklärt, auch wenn er die Erbitterung begreife,

Genosse Renzl über den Mieterschutz.

Prag, 28. März. In der gestrigen Sitzung des Senats hielt Genosse Renzl, wie wir bereits kurz berichteten, eine mehr als einstündige Rede, in der er in erschöpfender Weise, von zahlreichen Beispielen unterstützt, die Läden der neuen Mieterschutzvorlagen bloßlegte. Wir bringen nachstehend einen kurzen Auszug aus seiner ausgezeichneten Rede:

Wir deutsche Sozialdemokraten halten die Novellierung des Mieterschutzes ebenfalls für dringend notwendig, nur geht unsere Forderung in umgekehrter Richtung. Wir verlangen den Ausbau des Mieterschutzes, weil wir wissen, daß die Zeit für den Abbau des Mieterschutzes durchaus noch nicht gekommen ist. Daran kommt es an, ob die breiten Massen der Mieter durch die Vorlage hinreichend zufriedengestellt sind; erst in zweiter Linie kann die Frage aufgeworfen werden, ob auch die Hauseigentümer zufriedengestellt sind.

Die Hauseigentümer sind eine Klasse, die aus den Wirren des Krieges von allen Schichten der Bevölkerung mit der heißesten Faust davongekommen sind. Ist es da nicht recht und billig, wenn man verlangt, daß nicht auf sie, sondern auf die großen Massen Rücksicht genommen wird, die so unendlich viel während und nach dem Kriege zu leiden hatten?

Die Mieter sind ja ohnedies der wirtschaftlich schwächere Teil, der gegen die wirtschaftlich stärkeren Hauseigentümer geschützt werden sollte. Statt dessen fügt man zu den bisherigen sechzehn Kündigungsgründen noch weitere drei hinzu, damit der Mieter vollends der Willkür des Hauseigentümers ausgeliefert ist. Der Mieter muß fortwährend in der Furcht leben, daß der Hausherr Mittel und Wege findet, um ihn hinauszubringen, und darf gegen die Macht des Hausherrn nicht einmal aufmucken!

Den größten Sturm in Mieterkreisen hat die Bestimmung ausgelöst, daß in Gemeinden unter 2000 Einwohnern die Gemeindevertretung durch einfachen Mehrheitsbeschluß den Mieterschutz aufheben kann.

Dadurch werden vor allem die Industrie- und Gewerbebetriebe, wo die sozialistischen Parteien knapp an die Mehrheit heranrücken. Es ist ein sehr schwacher Trost, wenn es im Motivenbericht heißt, daß die politische Landesverwaltung die Genehmigung derartiger Beschlüsse erst von einer genauen Prüfung der Verhältnisse in dem betreffenden Wirtschaftsgebiet abhängig machen wird. In der Praxis wird es doch so sein, daß die politische Landesverwaltung dort, wo Hauseigentümerinteressen in Frage kommen, zu Gunsten der Hauseigentümer entscheiden wird! Wir wissen sehr gut, was die Erhöhung der Mieten um 40 Prozent bedeutet und was die Bestimmung in sich birgt, daß auch noch alle anderen Ausgaben auf die Mieter überwälzt werden können, so daß wir mit einer faktischen Erhöhung um 60 Prozent rechnen müssen. Die Möglichkeit, die

so könne er doch nicht die Ansätze zu Geländeaufteilungen seitens einzelner Senatoren billigen, und er behalte es daher dem Präsidium vor, eventuelle Schritte zu unternehmen. Die Koalition flüchtigt Beifall, während auf den oppositionellen Bänken neuerdings ein Lärm entsteht.

Die Dringlichkeit der tschechischen sozialdemokratischen Interpellation bezüglich des Verhaltens des Vizepräsidenten Krémeryh in der Tula-Affäre wird mit 70 Stimmen gegen 51 abgelehnt. Genosse Dr. Soukup ruft dazwischen: Das ist noch nicht das Ende! Nieder mit Tula! Schande!

Nach 7 Uhr wird die stürmische Sitzung geschlossen. Die nächste und letzte Sitzung vor den Ostern findet morgen, Donnerstag, um halb 11 Uhr vormittags statt.

Mieter hinauszumachen, wird vergrößert und dazu schafft man noch die Bestimmung, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, nach einem Jahre die ihnen zur Aufbewahrung übergebenen Sachen delogierte Personen zu versteigern. Haben Sie nicht überlegt, daß Sie damit die Existenz dieser Familien für immer zerstören?

Die Hauseigentümer haben heute gar kein Interesse daran, daß Wohnungen gebaut werden, denn sie wissen, je weniger Wohnungen gebaut werden, desto besser ist für sie die Konjunktur, desto mehr Miete können sie in den alten Häusern verlangen. Man darf daher nicht erwarten, daß durch die Aufhebung des Mieterschutzes eine regere Bautätigkeit einsetzt. Diese könnte nur durch eine viel gesündere Wohnbaupolitik möglich gemacht werden; in dem vorliegenden Vorschlag aber werden bloß Bestimmungen zusammengetragen, welche das Bauen erschweren und unnötig machen. Das nennt man bei uns Bauferderung!

Uns deutsche Sozialdemokraten interessiert in erster Linie, wie sich unsere deutschbürgerlichen Regierungsparteien zu diesem Gesetze stellen.

Obwohl in den deutschen Randgebieten fast gar nicht gebaut wurde und die Wohnungsnot dort heute ärger ist als je zuvor, stimmen auch diese deutschen Parteien für die Verschlechterung des Mieterschutzes. Dazu sind es noch Parteien, die angeblich auch die Interessen der Mieter vertreten! Herr Kollege Böhr hat sich bemüht, auf meine Rede im Ausschuss in einer Art und Weise zu antworten, wie man sie von einem Jesuiten nicht anders verlangen kann. Er hat erklärt, daß bei uns die Bautätigkeit schon deshalb nicht einsetzen könne, weil Mangel an Materialen besteht, die lieber nach Deutschland hinausgehen, wo sie bedeutend besser bezahlt werden. Auf meine Zwischenrufe, warum denn die Materialen in Deutschland besser bezahlt werden, während durch unsere Regierungspolitik die Lebenshaltung der Arbeiter von Tag zu Tag schlechter wird, wußte er allerdings keine Antwort, hat aber in seinem gut christlichen Sinn folgendes erklärt: Die heutige Gesellschaft setze sich zusammen aus Reichen und Armen und ganz Wohnungslosen und man müsse halt, wenn man gerecht sein wolle, auf die Einwendungen aus allen drei Lagern hören. Es ist aber merkwürdig, daß die Parteigenossen des Herrn Böhr nur auf Einflüsterungen aus dem Lager der Reichen hören und nicht auch auf die anderen, für die sie als gute Christen in Wirklichkeit eintreten sollten. Wir sind überzeugt, daß diese Haltung der Partei des Herrn Böhr von der Bevölkerung wirklich gut angerechnet werden wird! Das höchste war aber unstreitig die Erklärung Böhrs, das vorliegende Gesetz sei der mildeste Übergang, den man auf dem Wege zur gänzlichen Aufhebung des Mieterschutzes überbieten könnte!

Küßlich, weil fast unglaublich, ist die Stellung der Deutschen Gewerkepartei. Unter der Bestim-

mung, daß unbemittelte Wohnungen künftig nicht mehr unter dem Mieterschutz stehen, werden am meisten die Gewerbetreibenden leiden, denn heute sind gerade Läden und Werkstätten am meisten gesucht und die Hauseigentümer trachten, diese Räume leer zu bekommen. Nun liefert die Mehrheit mit dieser Bestimmung alle Klein-Gewerbetreibenden den Schikanen der Hauseigentümer aus und die Gewerkepartei wird ihre blauen Wunder erleben, welchen Sturm der Entrüstung gerade diese Maßnahme in den Reihen der kleinen Gewerbetreibenden auslösen wird. Wir werden dafür sorgen, daß der Bevölkerung der wahre Charakter der Gewerkepartei enthußt werde!

Wir bringen zu diesem Gesetze eine Reihe von Änderungsanträgen. Wir wissen, daß sie abgelehnt werden, aber wir wollen die Mehrheit vor der ganzen Öffentlichkeit zu einer klaren Stellungnahme diesen Änderungsanträgen gegenüber zwingen. Wir wissen mit Bestimmtheit, daß sie das wieder einen großen Teil des Vertrauens, das sie bei ihrer Wählerchaft besaßen, kosten wird; das wird bei allen politischen Kämpfen der nächsten Zeit sicher schon zum Ausdruck kommen!

Genosse Renzl bespricht dann ausführlich ein Memorandum der tschechoslowakischen Mieterschutzvereinigungen und kommt dann auch auf die Forderung der tschechischen Partei zu sprechen, deren gewerkschaftlich organisierten Mitglieder dieser Tage in Prag einen Kongress abhielten. Auf diesem Kongress hat ihr Gewerkschaftsführer Abg. Petr die Bemühungen der Tschechoslowaken auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung herausgestrichen und die Partei direkt als die einzige Vertreterin der Rechte und Forderungen des gesamten arbeitenden Volkes in der Regierung hingestellt! Es gibt keine ärgere Verhöhnung als diese Rede des Abg. Petr und wir bedauern nur diese Schandheit, die sich diese Rede anhören mußten. Sie müssen tatsächlich von der Politik in diesem Staate nichts hören, nichts lesen und nichts wissen, sonst hätten sie diesen Menschen von der Tribüne herunterreißen und ihn hinauswerfen müssen. Wenn sich diese Partei ebenso wie die deutsche christlichsozialistische Partei heute noch anmaßt, zu erklären, daß sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt,

so ist das der größte Schwindel, den es geben kann, und auch für diesen Schwindel wird der Lohn seitens der Bevölkerung nicht ausbleiben. Wir Sozialisten werden dafür sorgen, daß in die großen Massen der Bevölkerung die entsprechende Aufklärung getragen wird und daß die nächsten Wahlen ein Volksgericht über Ihre reaktionäre Politik sein werden! (Beifall.)

Für gänzliche Abschaffung der Pässe.

Ein Erfolg des Genossen Dr. Heller.

Im Verfassungsausschuss des Senats fand gestern das Passgesetz zur Beratung, das vom Abgeordnetenhause in einigen Punkten geändert und verbessert wurde. Die Änderungen wurden angenommen. Genosse Dr. Heller fragte die anwesenden Regierungsvertreter, wie weit die Verhandlungen mit Österreich und den anderen Staaten wegen Aufhebung der Bifa gediehen sind. Er überreichte ferner eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, nimmere auch Verhandlungen wegen Abschaffung der Pässe überhaupt einzuleiten. Weiters brachte er die Schikanen der Behörden bei Verleihung der Staatsbürgerschaft zur Sprache, die den einstimmig angenommenen Resolutionen beider Häuser widersprechen.

Der Regierungsvertreter teilte mit, daß die Bifa im Verkehr mit Österreich und Deutschland am 5. April aufhören werden; mit den anderen Staaten, besonders Polen und England, gehen die Verhandlungen noch weiter. Die von Genossen Dr. Heller beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nachdruck verboten.

Der Baldamus und seine Streiche

Verlegt vom Bücherkreis in Berlin 1927.

Von Oskar Währle.

1

Baldamus ist kein schöner Name. Aber mein Gott, Spinnehirn, Großhans, Kagenwadel, Wucherpfeiffen oder gar Affenschmalz klingt auch nicht schön, und doch braucht sich keiner zu schämen, der so heißt, wenn er nur schafft, was seine Sache ist, die Leute nicht sein läßt und im übrigen einen ganzen Kerl stellt.

Das taten die Baldamusse von jeher, freilich auf gar verschiedene Weisen.

Schon der Großvater galt als Quertopf und Eigenbrötler; überall, wo es drauf ankam, hatte er eine besondere Meinung, mit der er nicht hinterm Berg hielt. Doch die Wahrheit ist eine noch Weis und niemand will sie beherbergen; darum, weil er ihr Unterschlupf gab, war er bei vielen im Dorfe verhaßt; der Pfarrherr schimpfte ihn offen von der Kanzel herunter „Demotrat“, und als in den achtundvierziger Jahren bei dem großen Rumpel die preussischen Soldaten ins Land kamen und das Hauptlied der Siederaner: „Schmied die Guillotine, schmied die Guillotine, schmied sie mit Tyrannenstift!“

mit Fingern und Mariänschen fortzuziehen, so daß das rote Blut über die Barricaden quoll, war er einer der ersten, die verhaftet und nach der Festung Rastatt abgeführt wurden.

Doch bevor sein Prozeß entschieden war, riß er aus nach der Schweiz. Dort konnte er nicht bleiben; das Geld, auf das damals die freie Republik so sehr sah, fehlte; dazu kamen die Mädesten mit dem Heimatschein, und so fehlte ihm denn die fürsorgliche Polizei eines schönen Tages in den bekannten grünen Wagen und schubte ihn ab an die österreichische Grenze. Als er da zu

einer guten Stunde bei dem Vorsteher eines Ortes um die Wegzehrung anhielt, sagte der frisch aus seinem grauen Schnauzbar heraus: „Eben und grad seid Ihr gewachsen, und gesund seid Ihr auch. Der österreichische Staat braucht Anstifter in die Wallachei hinunter; wollt Ihr da nicht mittun?“ Niemand sagt schneller zu etwas „Ja“ als der, dem der Kohldampf in den Gebärmern jodelt, und so kam denn der Baldamus auf Kosten des großmächtigen Brotgebers Staat in wochenlangen Fahrten mit anderen Anstiftern hinunter in den verrufenen Urwald Wallachiens, wo sich ihm unter wildfremden Menschen Arbeit und Verdienst aufbot.

Jahrelang stummte er sich als Holzfuch und Fröher durch: Winers schlug er die schlanken Tannen, daß sie frachend niederstürzten, jagte Bären und Wölfe; im Frühjahr fuhr er auf den Klößen die Flüsse hinunter bis in das große Meer, das man das „Schwarze“ heißt, das aber unbekannt um seinen Namen so blau ist, wie Gottes besigeratener Albetag; im Sommer und Herbst half er den Bauern und betrieb daneben die Schuhmacherei. Ja, mit der Zeit lebte er sich so ein, daß eines Tages das bunte Hochzeitsbäumchen über der Tür flatterte. Beim dritten Waben starb seine Frau im Kindbett. Ihn, er war nun doch schon vierzig Jahre alt und trug schwer an seiner Einsamkeit, packte das Heimweh immer stärker. Als er bestimmt wußte, daß die Revolvergeschichte abgetan sei, verkaufte er den ganzen wallachischen Kram und zog mit seinen Waben heim in den Schwarzwald, ins Binzachtal.

Hier übernahm er ein kleines Bauernweib und besorgte den Nachbarn das Schuhzeug. Da ihn die Arbeit schier aufraß, konnte er für die Waben nicht recht sorgen und heiratete darum ein zweites Mal. Das tat nicht gut; auch von der Seite kamen Kinder, drei Mädchen. Wenn die Mutter nun auf der einen Seite zog, tat er's auf der anderen. Das gab Unfrieden, Streit und unguete Worte.

Die Waben mußten schon früh ins Geschirr und mithelfen: in den Wald gehen, Holz holen, Korbhollen von der Straße auflesen, auf dem Feld schaffen, spaten, jäten, dabei die Schuhe austreten, für fremde Leute allerlei Dienstleistungen verrichten. Doch wenn einmal die Armut in den Klauen hat, der kriegt keinen Sped an die Rippen. Die Bissen blieben immer gleich mager, und Fleisch gar kam nur dreimal im Jahr auf den Tisch, und zwar an den hohen Festen, wenn Jesus, Maria und Joseph das Essen gesegneten. Kein Wunder, daß auf solchem Boden die Sehlänge nicht lange ausdauern. Der Kellerte ging eines Tages ohne Abschied fort. Viele wollten wissen, er sei nach Amerika. Manche behaupten, er sei auf der Uebersahrt ertrunken, andere wieder, er sei in den Goldfeldern verendet. Etwas Genauer und Sicherer weiß aber niemand. Doch ist das für die Binzacher Talschlinge nur ein Grund mehr, ihr Maul bis an den Hundstern hinauf zu verreißen.

Der zweite von den Waben wurde ein Gipser und blieb dabei im Schatten der Tannen. Er verdiente ein schönes Geld; denn meistens arbeitete er im Afford und schufte darauf los wie ein Bessener. Aber er war ein Heimlichkeitskerl. Wenn er wochenlang geschmachtet hatte, daß ihm schier die Schwielen von den Händen fielen, und er jeden Pfennig dreimal umgekehrt und auf die hohe Kante gelegt hatte, dann kam ihm unglücklich aus dem größten Schaffensdrang heraus der Rappel an, und er verlor sich in vergeblichen in kurzer Zeit alles.

Wenn er besonders gut aufgelegt war, kaufte er sich ein Faß Bier, das zwanzig, fünfundsiebenzig Liter faßte und trug's hoch oben hinauf auf den Schloßberg. Dort legte er sich ins Gras, gabte das Fäßlein an und trank, bis kein Tropfen mehr darin war. Dem leeren Faß gab er einen herzhafsten Trich, auf daß es den Berg hinunterdomerte, mochte es faulen, wohin es wollte! Er

hatte viele Freunde, die ihn beim Saufen treulich halfen und die ihn hinterrück ebenso treulich wieder auslachten. Aber wenn man ihm dies sagte, so lachte er nur und wollte es nicht glauben. Er war weitaus der Stärkste im ganzen Ort; einen Bierundzwanzigpfundstein warf er vom Stand aus seine geschlagenen achteinhalb Meter weit, und wenn er zu stemmen anfing, da spritzten noch keine fünf Minuten, und von den Konkurrenten kam keiner mehr mit. Bei jedem Feste war er dabei und holte sich seinen Preis, einen Kranz oder ein Diplom. Eben weil er von allen die meisten Schamküssen und Auszeichnungen hatte, machten sie ihn zum Vorstand vom Athletenklub. Arme schwang er wie ein Rognetter; wo er auf einen Taubsteden kam, trank mancher verstoßen seinen Schnitt Bier aus und brühte sich durch die hintere Tür, und selbst die größten Gröbli und Krafekli waren maustill. Jeder wußte, daß der Schorsch keine Pöndel scheute und fünfzig dreifach, wenn ihm einer dumm kam. Ja, wamsen und blaue Augen beulen, das konnte er, das mußte ihm auch der ängstliche Feind lassen; nur beim Saufen fiel er häufig hinunter, da wollte er sich zeigen und fraß oft Biergläser. Wer zuschaute und hörte, wie er das Glas mit den Zähnen zertrümmte, der bekam eine Gänsehaut und es wurde ihm übel. Einzig und allein dem Gipserchor schenkte er nichts; der schluckte das Geferbe hinunter, als wenn es Gallerte wäre. Der Bursch muß einen Magen gehabt haben wie ein Vogel Strauß; es nahm nie ein schlimmes Ende.

Der dritte von den Baldamusöhnen, das war mein Vater, der erlernte die Schuhmacherei. Aber es steckte etwas vom Kellerte in ihm: so sehr er sich auch zwang, so lange er jung war, konnte er zu keinem Stiebler bringen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratische Freidenker aufgepaßt!

Kommunistische Bühlarbeit. — Schaffung von Fraktionen.

„Der Sinn der gesamten organisatorischen Arbeit besteht in der systematischen Eroberung der Massen. Unter diesem Gesichtswinkel muß man jede organisatorische Maßnahme, jeden Schritt unserer praktischen Arbeit einschätzen.“

So steht es im Schlußsatz der vom Plenum der Kommunistischen Exekutive in Moskau am 1. März beschlossenen Resolutionen zur Gewerkschaftsfrage. In der über diese Resolution abgeführten öffentlichen Diskussion schrieb J. Guttmann im Reichsberger „Vorwärts“ vom 27. März 1928 u. a. wörtlich:

„Das Problem ist folgendes: Sind die roten Gewerkschaften in der tschechoslowakischen Republik wirklich revolutionäre Gewerkschaften? Und führen die Kommunisten in den roten Gewerkschaften die Direktiven der Partei wirklich durch?“

Guttmann muß die zweite Frage mit einem klaren Nein beantworten und fordert deshalb kategorisch: eine Aenderung der Leitung der roten Gewerkschaften ist notwendig.“

Herr J. Guttmann, der Sachverständige des Prager Politbüros für kommunistische Gewerkschaftsarbeit, legt das Hauptgewicht auf die Bildung von Fraktionen. Er regt sich darüber auf, daß die Fraktionen in den Gewerkschaftsorganisationen der Partei oft nicht gehorchen und verlangt, daß dagegen scharfe Maßnahmen — Ausschlüsse — ergriffen werden.

Es ist längst kein Streit darüber, daß die kommunistische Partei die Fraktionsbildung im Sinne der systematischen Eroberung der Massen auch in allen anderen Arbeiterorganisationen dekretiert hat. Es handelt sich sowohl um die Sport- und Kulturorganisationen, wie den Kleinbauernverband etc.

In der letzten Zeit konzentriert die kommunistische Partei ihre ganze Aufmerksamkeit dem „Bund proletarischer Freidenker“ mit dem Sitz in Bodenbach. Die Vorgänge auf dem internationalen Freidenkerkongress in Köln sind ein Signal, das anzeigt, was im Auge ist: Der Versuch, den Freidenkerbund willig in den Dienst der kommunistischen Partei zu stellen, um die sozialdemokratische Partei leichter bekämpfen zu können.

Daß diese Behauptung zutrifft, zeigt uns mit aller Deutlichkeit das von einer „Kommission der R. P. C. für Fraktionsarbeit in den außerparteilichen Massenorganisationen“ herausgegebene Zirkular.

Darin wird eingangs ausgeführt, daß in den Freidenkerorganisationen noch der Einfluß der Kleinbürgerlichen Ansichten und Traditionen groß ist und sich auch in den Reihen der kommunistischen Freidenker noch stark ausbreitet. Dann heißt es wörtlich:

„Trotz dieses stark Kleinbürgerlichen Charakters der Freidenkerbewegung hat unsere Arbeit in diesen Organisationen eine große Bedeutung. Ihre Organisationen haben Tausende sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter, mit welchen wir auf dem Boden des Freidenkertums in enge Beziehungen kommen. Diese Möglichkeit bietet sich uns nicht nur unter den tschechischen Freidenkern, von denen gute 50 Prozent politisch indifferent oder aus einem andern Lager, als dem kommunistischen sind, sondern selbst im deutschen Gebiet, wo gute zwei Drittel der Angehörigen sozialdemokratisch sind, mit welchen wir eben einzig und allein mit Hilfe der Freidenkerbewegung in Berührung kommen können. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit der proletarischen Freidenkerorganisationen sind außerordentlich günstig.“

Man sieht: den kommunistischen Drahtziehern in Prag dreht es sich darum, boretst an die Massen der sozialdemokratischen Freidenker heranzukommen, um sie gehörig präparieren zu können. Unter Punkt 2 „Unsere Aufgaben in der Freidenkerbewegung“ heißt es ausdrücklich:

a) Die Verschlagung der Kleinbürgerlichen Anschauungen und Illusionen und die Erziehung der sozialdemokratischen und parteilosen Freidenker zu klassenrevolutionären Kämpfern.“

Als „Zeitgedanken“ der rein kommunistischen Fraktionsfähigkeit in der Freidenkerorganisation werden u. a. vorgeschrieben:

b) Propaganda der proletarischen Einheitsfront und praktische Unterstützung aller Bemühungen um die Organisierung gemeinsamer Aktionen der Arbeiterklasse aller Richtungen.

c) Unterstützung der J. A. S. und J. R. S. in lokalem und ganzstaatlichem Maßstabe.

f) Aufrichtung einer möglichst engen Verbindung mit den russischen Freidenkern.

g) Verschleierung des Zusammenstufes der Freidenkerorganisationen.

Unsere sozialdemokratischen Freidenker mögen auch die nachfolgenden Zeilen genau lesen und überprüfen. Der Punkt 3 des in Rede stehenden Prager Zirkulars lautet wörtlich wie folgt:

Aufbau der Fraktionen in den Freidenkerorganisationen.

Die Bewirklichung der oben angeführten Aufgaben ist nur dann möglich, wenn in allen Freidenkerorganisationen systematische Fraktionsarbeit eingeführt wird. Welche Erfolge damit erzielt werden, zeigen die Erfahrungen

des letzten Kongresses der deutschen Freidenker (in Reichsberg), deren Entscheidungen eben durch das Auftreten unserer Genossen ganz bedeutend beeinflusst waren. Es müssen daher in allen proletarischen Freidenkerorganisationen Fraktionen kommunistischer Freidenker gegründet werden, damit wir mit ihrer Hilfe die ganze Bewegung nicht nur beeinflussen, sondern auch kontrollieren können. Für den Aufbau der Fraktionen gelten nachstehende Richtlinien:

a) In jedem Kreisgebiet muß ein Mitglied der Kommission für die Arbeit in den Kreisorganisationen (womöglich ein Genosse, der in der Freidenkerbewegung tätig ist) mit der Errichtung einer Freidenkerfraktion und der Führung der Fraktionsarbeit betraut werden. Dieser Genosse ist auch der Führer der Kreisfraktionen der Freidenker, oder, wenn solche nicht bestehen, der anderen in dieser Bewegung tätigen Genossen, welche vom Kreisrat gewählt sind.

Die kommunistischen Mitglieder jener beiden Freidenkerorganisationen, welche die Vereinigung beschlossen haben (ZPD und deutscher Freidenkerbund) bilden eine gemeinsame Fraktion. Sind in manchen Kreisen noch andere proletarische Freidenkerorganisationen (z. B. in Mähr.-Osterr.), dann muß in diesen eine eigene Fraktion gebildet werden, es muß jedoch auch zwischen allen Fraktionsleitungen eine enge Verbindung geschaffen werden. (Gemeinsame Sitzungen usw.)

b) Auf ähnliche Weise müssen auch Fraktionen in den Bezirken gebildet werden.

c) In jeder Freidenkergruppe müssen sich die Kommunisten in einer Ortsfraktion vereinigen, an deren Spitze die kommunistischen Mitglieder des Ortspräsidiums der Freidenker stehen, oder andere in der Ortsgruppe tätige Genossen, welche von der Leitung der Ortsgruppe der ZPD bestimmt werden.

d) Im ganzstaatlichen Maßstabe wird die Fraktionsarbeit unter den Freidenkern von der „Kommission für die Arbeit in den außerparteilichen Massenorganisationen“ geleitet, welche von Zeit zu Zeit Beratungen der führenden Genossen der Freidenkerbewegung abhalten, bzw. diese in einer Reichsfraktion vereinigen soll. Im übrigen gelten für den Fraktionsaufbau die „Richtlinien für die Fraktionsarbeit in den außerparteilichen Massenorganisationen“.

An Deutlichkeit lassen diese Richtlinien nichts zu wünschen übrig. Unsere Freidenker wissen nun genau, wie sie daran sind. Wenn in irgend einer Versammlung der Freidenkerortsgruppe oder einer beliebigen Konferenz von kommunistischer Seite ein Antrag gestellt oder eine Aktion

unternommen wird, steht regelmäßig die kommunistische Partei dahinter. Sie will ja die Freidenkerbewegung in ihrem Sinne beeinflussen und kontrollieren!

Als „unmittelbar akute Fragen der Fraktionsarbeit“ werden in dem kommunistischen Zirkular bezeichnet: a) die Vereinigung der Z. P. B. mit dem deutschen Freidenkerbund, b) die Verbreitung revolutionärer Literatur, c) Mitarbeit der kommunistischen Freidenkerorganisationen an der Kampagne und Aktionen der Partei. Dann heißt es im Wortlaut:

Nach den angeführten Instruktionen muß besonders in den Ortsgruppen der deutschen Freidenkerorganisation eine rege Kampagne für die Entsendung von Freidenkerorganisationen, bzw. die Beteiligung von Freidenkern an Delegationen geführt werden. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß der letzte Kongress der deutschen Freidenker eine derartige Entscheidung bereits beschloß, die jedoch nicht durchgeführt wurde. Alle Sitzungen der Ortsgruppen der Freidenkerorganisationen müssen systematisch zur Propagierung unseres Standpunktes zur Frage der Kriegsgefahr und des Krieges ausgenutzt werden.

Die im „Bund der proletarischen Freidenker“ befindlichen Sozialdemokraten, die sich vielfach ängstlich hüten, ihre Parteizugehörigkeit dort klar zum Ausdruck zu bringen, während die Kommunisten das Gegenteil tun, wissen nun genau, worum es geht. Jede Täuschung über die „Harmlosigkeit“ der kommunistischen „Freunde“ muß nun aufhören!

Daß dieses Zirkular des Politbüros tatsächlich von den kommunistischen Freidenkern befolgt wird, zeigen die mehr oder weniger erfolgreichen Versuche der kommunistischen Mitglieder, durch vollständiges Erscheinen in den Versammlungen, wo Mandate vergeben werden (z. B. zum Bundestag in Lausitz) die sozialdemokratischen Mitglieder an die Wand zu quetschen und sich die Mehrheit zu sichern, obgleich den Kommunisten im Bunde die Minderheit bilden. Die Lautheit und Raubart mancher sozialdemokratischer Mitglieder erleichtert ihnen diese Arbeit.

Auch die Unterstützung der „Internationalen Arbeiterhilfe“ und der „Roten Hilfe“ wird von den kommunistischen Freidenkern in den Ortsgruppen des „Bundes proletarischer Freidenker“ beantragt und beschlossen, ohne daß man an die Unterstützung unserer „Arbeiterfürsorge“ auch nur im entferntesten denkt.

Es ist nach Kenntnisnahme dieser Tatsachen ausschließlich Sache unserer Freidenker, der kommunistischen Bühlarbeit im „Bunde der proletarischen Freidenker“ das entschiedenste Paroli zu bieten, d. h. den hinterlistigen Treibern der Kommunisten ein Ende zu bereiten.

Zwei Friedenslämmer.

Mussolini und Rothemann unterhalten sich. — Nationale Grenze für Ungarn, aber strategische für Österreich.

Paris, 27. März. „Daily Mail“ bringt in Form eines Interviews Fragmente aus einigen Unterredungen, welche Lord Rothemann in den letzten Tagen während seines Aufenthalts in Italien mit dem Ministerpräsidenten Mussolini hatte.

Mussolini betonte einleitend, Italien bedürfe des Friedens. In diesem Zusammenhang verweist Mussolini darauf, daß er mit Südslawien einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen und ratifiziert habe, dessen Ratifizierung auf südslawischer Seite jedoch bisher noch nicht erfolgt sei. Diese Ratifizierung soll im Juli dieses Jahres vorgenommen werden, und Mussolini hofft, daß sie tatsächlich erfolgen wird. Auch wenn im übrigen der Vertrag nicht in Kraft treten sollte, wäre keine Kriegsgefahr zu befürchten. Die Beziehungen Italiens zu Südslawien würden unverändert bleiben, und es würde außerdem die Mitgliedschaft der beiden Staaten im Völkerbunde eine Garantie bilden.

Weiter verwies Mussolini darauf, daß Italien die erste Wahl gewesen sei, welche Ungarn durch den Abschluß eines Freundschaftsvertrages hilfreich habe. Mussolini erwähnte hier, er habe die Kampagne Lord Rothemanns nach einer Aenderung der Grenzen Ungarns aufmerksam verfolgt, und sagte:

„Die Ungarn sind ein ritterliches Volk, das wir Italiener respektieren. Sie

haben während des Krieges gegen uns gekämpft, doch hindert uns dies nicht, ihre hervorragenden Eigenschaften zu würdigen und zu bewundern, so daß zwischen Italien und Ungarn nunmehr eine aufrichtige Freundschaft besteht. Ein solches Volk durch das dauernde Gefühl offener Ungerechtigkeit gedrückt zu lassen, würde nicht im Interesse des europäischen Friedens liegen. Die Unantastbarkeit der Verträge müsse gewahrt bleiben, doch steht dieser Grundsatz einer Regelung der Einzelheiten eines Vertrages nicht entgegen, wo diese nach sorgfältiger Prüfung als wünschenswert befunden wird. In der ganzen Geschichte hat es keine Verträge gegeben, welche eine ewige Geltung hatten.“

Hierauf verwies Mussolini auf den Unterschied, der zwischen den Ungarn durch den Trianoner Friedensvertrag auferlegten Grenzen und jenen besteht, welche Österreich von Italien in Triest scheiden. Zum Unterschied von Italien, sagte Mussolini, kann Ungarn keine geographische Grenze besitzen, sondern sollte eine nationale Grenze haben. Der Brenner, der die Grenze der neuen italienischen Provinz Triest bildet, sei aber eine natürliche geographische Grenze und als solche eine Garantie des internationalen Friedens.

Die Waffenladung der „Braga“

Einschreiten der englischen Regierung in Prag.

London, 28. März. (Reuter.) In Beantwortung einer Anfrage erklärte Sir Austen Chamberlain im Unterhaus, der britische Gesandte in Prag habe bei der tschechoslowakischen Regierung Vorstellungen erhoben, keine Bewilligung für Waffenexporte nach China zu erteilen. Minister Dr. Benes habe darauf mitgeteilt, die Tschechoslowakei könne keiner Vereinbarung, die die Waffenexporte nach China verbiete, beitreten, es sei denn, daß ein solches Abkommen wirklich international für alle Staaten in gleicher Weise verbindlich sei.

Chamberlain fügte hinzu, Großbritannien sei bereit, die Waffenhandelskonvention von 1925 zu ratifizieren, unter der Voraussetzung, daß sie von den wichtigsten waffenproduzierenden Staaten gleichfalls ratifiziert werde. Im Jahre 1926 sei von britischer Seite die Anregung ausgegangen, die genannte Konvention möge gleichzeitig auch von Österreich, Belgien, der Tschechoslowakei, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Holland, Schweden und den Vereinigten Staaten ratifiziert werden. Aus den auf diese Anregung eingegangenen Antworten habe sich nicht der Eindruck ergeben, daß die Aussichten auf eine gleichzeitige Ratifizierung durch alle angeführten Staaten günstig wären.

In Beantwortung einer weiteren Anfrage über diese Angelegenheit erklärte Sir Austen Chamberlain, der Widerstand gegen eine derartige simultane Ratifizierung gehe von

Unser neuer Roman.

Die Lebensgeschichte eines Zippelbruders.

Wir beginnen heute mit dem Abbild eines Buches, das nach unserer Meinung ganz besonderes Interesse unseren Lesern finden wird. Es ist ein Buch, das die Geschichte eines Wanderburschenlebens, also jenes Landstrolachtentippeltums, das Jahrzehnten strebt und doch nicht sterben will.

Dofar Wöhle.

Der Autor dieses Buches, hat die Erinnerungen seines eigenen Lebens und Wanderns in dieser Erzählung niedergelegt. Jung und alt werden mit tiefem Nachdenken, voll Mitleiden, aber auch voll Mitfreude, diese Erinnerungen lesen.

„Der Baldamus und seine Streiche“

Ist ein lebenswahrer und ein lebensstarker Buch. Die Personen, vor allem der Held, sind ohne Schönfärberei gezeichnet, und Leute von einem scharfen, originellen Blick erfasst, die Dinge unerblickt beim wahren Namen genannt.

Wir haben uns den Abdruck dieser Erzählung beim Buchkreis in Berlin gesichert, dessen Mitglieder schon zu Tausenden sich an diesem Baldamus und seinen Streichen entzückt haben. Rufen Sie das Buch auch unsern Lesern reich und frohe Stunden bringen.

diversen Kreisen und Zentren aus. Was die Politik der Vereinigten Staaten in dieser Sache betreffe, so gehe aus verschiedenen Umständen hervor, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt seien, diese Konvention zu unterzeichnen.

Hinsichtlich der übrigen Anfragen an den britischen Außenminister, worin die Ratifizierung der Konvention, die sich der angeführten Ratifizierung widersetzt, verlangt wird, erbat Chamberlain eine Frist für die Beantwortung.

Anmerkung des Lsh. P. B.: Soweit bekannt ist, bringt die angeführte Antwort tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benes genau den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung zum Ausdruck, daß, solange nicht vollkommene Garantien gegeben seien, daß vor keinem Staat Waffen ausgeführt werden, auch die Tschechoslowakei auf dieses Recht nicht verzichten kann.

Dajnyński — polnischer Kammerpräsident

Eine Niederlage Pilsudskis.

Warschau, 27. März. (Tsch. P. B.) Zum Sejmarschall wurde der sozialistische Abg. Ignacy Dajnyński gewählt. In der ersten Abstimmung erhielt Dajnyński 173, der Kandidat des parteilichen Blocks der Zusammenarbeit mit der Regierung, Vizepremier Bartel 136, der nationalsozialistische Kandidat 37 Stimmen. In der zweiten, engeren Abstimmung, die erst um 11 Uhr nachts beendet wurde, fielen auf Dajnyński 206 von 434 abgegebenen Stimmen. Die geforderte Mehrheit betrug 200. Vizepremier Bartel erhielt 142, der nationaldemokratische Kandidat 37, der kommunistische 13 Stimmen. Die Dajnyński zum Sejmarschall wurde von Abgeordneten der Linken mit Handschellen aufgenommen, während die Abgeordneten der Regierungspartei den Saal demonstrativ verließen. Auch die auf der Regierungsbank befindlichen Kabinetsmitglieder verließen den Plenarsaal.

Dajnyński wurde vor 30 Jahren bei den ersten allgemeinen Wahlen in das österreichische Parlament als sozialistischer Abgeordneter aus Galizien gewählt und ist seit dieser Zeit ununterbrochen als Abgeordneter tätig. Nach der Wiedererrichtung Polens war Dajnyński Ministerpräsident der ersten in Lublin geschaffenen polnischen Regierung.

Im Jahre 1920 bekleidete Dajnyński die Stelle des Vizepremiers und war Sejmarschall im letzten Sejm. Dajnyński ist einer der Begründer der sozialistischen Partei Polens, Begründer und langjähriger Chefredakteur des Krakauer sozialistischen Organs „Naprzód“.

Das sozialdemokratische Blatt „Robotnik“ schreibt zu den gestrigen Vorfällen: Der gestrige Tag sei einzigartig in der Geschichte der Unabhängigkeit Polens. Die Spekulation auf die Freiheit der Abgeordneten sei falsch gewesen; der Sejm habe mit Würde gehandelt, indem er Dajnyński gewählt habe. Eine Schande sei es, daß die Mitglieder des Regierungsblocks fluchtartig den Saal verließen, als Dajnyński seinen Platz als Sejmarschall einnahm. Daß auch alle Regierungsmitglieder ihre Plätze verließen, müsse als Demonstration betrachtet werden, die die Arbeiterklasse diesen Herren nicht verzeihen werden.

Tagesneuigkeiten.

Ziefer hängen.

Eine kommunistische Gemeinheit.

Wir bitten um Entschuldigung, daß wir die folgende Schmäherei wiedergeben müssen. Die Wiedergabe ist notwendig, damit alle anständigen Menschen den Vorfällen den Rücken kehren, die solche Tonart in den politischen Kampf tragen.

Im südlichen Kreis Halle hatten die Sozialdemokratischen Angelika Balabanoff, Walther Wurm und Emil Barth Versammlungen ab. Daraufhin erschien im „Halleischen Kampfen“ der kommunistischen Organ, der folgende Parteibefehl:

„Zur Niederbringung des Bolschewisten im Bezirk Halle-Merseburg hat die SPD ein großes Ungeheuer losgelassen, den Balabanoff-Wurm mit Barth. Soweit uns sozialistisch orientierte Freunde, die mit diesen Ungeheuern, mit Untertanen Augen auf die Menschen stierenden Ungeheuer zusammengekommen, berichten, handelt es sich bei diesem Gesinde nicht um ein Individuum der vorläufigen Periode, sondern um ein solches der Nachkriegsperiode, das der Klasse der Säugtiere angehört, und sehr fortgeschrittenen Fähigkeiten ist. Trotz des blutigen Aussehens soll es sich um ein Geschöpf handeln, das ziemlich harmloser Natur und mit großen Schwächen behaftet ist. Zum Zwecke der Abwehr sind uns von den uns beratenden Menschenfreunden empfohlen: Man fesse die Balabanoff und die Wurm etwas in der Gegend der Bruchwägen, (der sogenannten Zehen) und schon ist die ganze Angriffslust gebrochen. Dem Barth gebe man etwas mit der Brennstoffe zu Leide. Im Kampf gegen dieses Ungeheuer empfehlen wir unseren Genossen so zu verfahren.“

Unterschrift: SPD. Abteilung Aufklärung und Abwehr.

Diese unforgäbige Gemeinheit — das ist kommunistische „Aufklärung“!

Vorläufig kein Dzeanflug Köhls.

Köhl von der Luftfahrt entlassen.

Berlin, 28. März. Nach einer Meldung einer Korrespondenz auf Baldon hat Köhl für heute von dem geplanten Start zum Dzeanflug Abstand genommen, weil das Wetter über dem Atlantik immer ungünstig ist. Eine Besserung des Wetter sei nach Ansicht der Sachverständigen erst in fünf bis sechs Tagen zu erwarten.

Berlin, 28. März. Ein Berliner Mitteilungsblatt meldet, daß Herr Köhl von der Luftfahrt wegen des Amerikafuges entlassen worden sei. Dazu wird von der deutschen Luftfahrt mitgeteilt, daß Herr Köhl die Verhandlungen über den beschriebenen Flug geführt hat, ohne die Luftfahrt hiervon in Kenntnis zu setzen. Als Angestellter und Leiter des Nachtflugbetriebes der Luftfahrt wäre er hierzu verpflichtet gewesen. Die Luftfahrt hat hiervon nicht durch Herrn Köhl, sondern von dritter Seite Kenntnis erhalten. Wenn Herr Köhl rechtzeitig an die Luftfahrt sich gewandt hätte, so wäre ihm wohl auf seinen Wunsch ein Urlaub bewilligt worden, wie dies ja auch bei seinem jetzigen Dzeanflug der Fall gewesen ist.

Die Opfer des Erdbebens in Udine.

Rom, 28. März. Nach dem „Messaggero“, der gängigste Einzelheiten über das Erdbeben in der Provinz Udine veröffentlicht, sind bis jetzt zehn Tote und 40 Verwundete festgestellt. Das Amt meint aber, daß sich die Zahl der Opfer vermehren könnte, weil mit mehreren Orten zweifelhafte Verbindung unterbrochen sei. Das Hauptzentrum des Erdbebens lag in den Gemeinden von Verzegnis und in der Gemeinde Sabotio. In Tolmezzo, das ebenfalls stark gelitten hat, mußte unter anderem das Krankenhaus geräumt werden, da es Risse bekommen hatte. Die Kranken wurden nach Udine gebracht. Der Turm des Domes von Tolmezzo ist in Gefahr, zusammenzubrechen. Auch die anderen Kirchen haben Schaden gelitten, ebenso das Gericht und die Pini-Kaserne. Die Regierung hat eine Disziplin eingeleitet. Die Bevölkerung kam in Zelten.

Der Tod in den Lüften.

Paris, 28. März. Bei Mech sind gestern während eines Übungsfluges zwei große Kampfflugzeuge in etwa 1000 Meter Höhe zusammengeknallt. Der Pilot des einen, ein Unteroffizier, fand, weil der Fallschirm, mit dem er abgesprang, in letzter Sekunde sich nicht entfaltete, den Tod. Sein Begleiter kam unverletzt auf dem Erdboden an. Das andere Flugzeug überschlug sich jedoch bei der Landung, wodurch sein Führer mit einer leichten Kopfverletzung davonkam.

Mexiko, 27. März. Beim Absturz eines Passagierflugzeuges, das von Mexiko nach der Stadt Mexiko unterwegs war, fanden heute um 10 Uhr drei Amerikaner den Tod. Die Verunglückten waren an der Einrichtung eines internationalen Luftpostdienstes interessiert.

Ein graufiger Fund.

Wessentkirchen, 28. März. Als heute mittags ein Betriebsassistent der Wessentkirchener Hauptpost in seinem Schrebergarten eine dort liegende Zeitung zum Einwickeln von Suppengrün benutzen wollte, fand er zu seinem Entsetzen in dem Zeitungspapier die Geschlechtsleiste eines Mannes. Der Finder erstattete die Anzeige bei der Polizei, die ihre Ermittlungen an der Fundstelle aufnahm. Der Fund wurde nach Münster

geschickt. Nach Auffassung der Polizei kann das Paket länger als einige Stunden am Fundort gelegen haben. Der Fund scheint mit der Ermordung des Abiturienten Taube in Gladbeck in Zusammenhang zu stehen.

Der Handgranatentod.

Donauwörth, 28. März. In der Eisenhandlung von Albrecht in Rain bei Neuburg an der Donau ereignete sich gestern eine schwere Handgranatenexplosion. Der Bruder des Geschäftsinhabers, der Landwirt Eduard Albrecht, hantierte mit einer Handgranate, die plötzlich explodierte. Albrecht und das zweijährige Kind seines Bruders wurden auf der Stelle getötet, der Eisenhändler Albrecht sehr schwer verletzt.

62 Bombenexplosionen in fünf Monaten

Chicago, 28. März. Gestern nachts explodierte eine Bombe vor einem Fabrikgebäude. Es ist dies die 62. Bombenexplosion innerhalb der letzten fünf Monate. Der Besitzer der Fabrik erklärte, es handle sich um einen Raubakt, weil er sich geweigert habe, einer der beiden republikanischen Cliquen zu unterstützen, die sich gegenseitig die Verantwortung für die Attentate der letzten Zeit zuschieben. Die Häuser sämtlicher politischer Führer sind unter polizeiliche Bewachung gestellt worden. Einzelne Politiker haben es auch vorgezogen, ihre Wohnungen aufzugeben und in ein Hotel zu ziehen. Für die Entdeckung der Urheber der Terrorakte ist eine Belohnung von 65.000 Dollar ausgesetzt.

Wieder zwei, die mit einem Militärflugzeug ausreißten wollten.

„Večerni List“ brachte gestern die Meldung, daß ein polnischer oder magyarischer Spion in den letzten Tagen in Lissabon die beiden Militärflieger Pavella und Ulrich dazu überredet habe, mit ihrem Flugzeug, einem Jagdflieger, Marke „Devoline“, 450 Pferdekrafte Motorleistung, zu entfliehen. Die Flucht sollte bereits am letzten Samstag erfolgen, wurde aber auf Dienstag verlegt. Berraten wurde der Fluchtplan dadurch, daß die beiden Flieger einen dritten überreden wollten, mitzukommen, der dann von dem Plan einem Rotmeister Mitteilung machte. Die beiden wurden in dem Augenblicke verhaftet, als sie in den Gangar gehen wollten.

Siehe Inserat! Im „Bischofberger Anzeiger“ in Bayern erschien ein Artikel über das wunderartige Muttergottesbild in der Wallfahrtskirche Wipplieden. Ruhm seiner Wunderkraft, Aufforderung zu eifriger Beteiligung an der Wallfahrt. Schlusssatz des Artikels: „Die Wippliedener halten an ihrer wunderartigen lieben Frau fest, und begeben deshalb auch feierlich ihre Feste. Siehe Inserat.“ Und das Inserat über die wunderartige Muttergottes von Wipplieden: Einladung zu einer großen Versammlung des Christlichen Bauernvereins, in der sich der Kandidat der bayerischen Volkspartei, Gersteneder, seinen Wählern vorstellen wird. — Das wunderartige Muttergottesbild von Wipplieden kann viel. Es kann sogar Wahlversammlungen der Bayerischen Volkspartei füllen und den Gläubigen den rechten Stimmzettel in die Hand drücken!

Zwei Genidstarrfälle in der Kaskauer Garnison. Montag sind zwei Soldaten der Kaskauer Garnison schwer erkrankt. Die ärztliche Diagnose stellte fest, daß es sich in beiden Fällen um Genidstarr handelt. Aus diesem Grunde wurden die Erkrankten nicht dem Militärspital, sondern dem staatlichen Zivilspital übergeben, wo sie streng abgesondert in Behandlung stehen. Gleichzeitig sind Maßnahmen getroffen worden, um eine Verbreitung der gefährlichen Krankheit im Reime zu verhindern.

Ein Zigeunerpaar im Zusammenhang mit dem Mord in Galtenshallung? Aus Eger wird berichtet, daß eine Gendarmenpatrouille bei einer Streife in der Nähe von Bindungrün bei Falkenstein das langgestrichelte Zigeunerpaar Raiminins, das als Schleifer das ganze Land durchzieht und am Tage des Mordes an der Lehrerin Fräulein in Galtenshallung gesehen worden war, verhaftet habe. Die beiden wurden dem Egerer Kreisgericht eingeliefert, wo sie für ein Alibi Sorge tragen müssen, um sich von dem furchtbaren Verdachte rein zu waschen. Im Egerer Kreisgericht sind übrigens derzeit sechs andere Landstreicher in Haft, die sich in der kritischen Zeit in der Nähe von Galtenshallung herumgetrieben hatten, ohne ein lückenloses Alibi nachweisen zu können.

Welch ein Kontrast! Ein Kurt Freier v. Wangenheim hat im Jahre 1914 „Deutsche Kriegsgefangenen“ erscheinen lassen, aus denen die Zeitschrift „Der Fackelreiter“ folgende Probe zitiert:

Die belgische Königsfamilie auf der Flucht? Auch nach der Flucht aus Brüssel läßt sich die belgische Königsfamilie nicht mehr sehen. Es liegen schnelllaufende Schiffe bereit, um die belgische Königsfamilie in Sicherheit bringen zu können. Welch ein Kontrast liegt hier zwischen unserem Kaiserhaus und diesen Belgischen, die nicht den Mut haben, wenn es sein muß, an der Spitze der Armee zu sterben, die vielmehr ohne Rücksicht auf Land und Volk nur an die Flucht denken!

Man hat von diesem Hohenzollernschwärmer nach dem Kriege nichts mehr gehört. Sollte er sich am 9. November 1918, als das Hohenzollernhaus ihn so schändliche Lügen strafte, zu Tode gekämpft haben?

Elementar Katastrophen. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus San Francisco sind dort einige Erdstößen, namentlich die Ortschaften Reno und Sacramento, von Hochwasser überschwemmt worden, doch gelang es, sie rechtzeitig zu evakuieren. Zwei Personen sind ertrunken. Einige hundert Einwohner sind obdachlos. — Im Staate Georgia sind durch einen heftigen Orkan fünf Personen getötet und eine Reihe anderer verletzt worden.

Beil der Geliebte Priester wurde. . . Montag morgens wurde auf dem Gelse in Hufrowitz bei Smilt die Leiche eines jungen Mädchens gefunden, die auf dem Kopf mehrere Verletzungen und an der Hüfte eine größere Wunde aufwies. Man glaubte daher zunächst, daß die Unglückliche ermordet und nachher von den Tatern auf das Gelse gelegt worden sei, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken. Diese Annahme wurde jedoch durch die eingeleiteten Erhebungen widerlegt. Das Mädchen hatte sich, wie festgestellt wurde, unter den letzten Wagen eines Frühlings geworfen, wurde überfahren und dann zur Seite geschleudert, wobei es die Kopfverletzungen davontrug. Bei dem Mädchen wurde ein Schreiben gefunden, aus dem hervorgeht, daß es die 19jährige G. D. ist, die deshalb Selbstmord verübte, weil ihr Geliebter ins Seminar ging, um sich dem geistlichen Stand zu widmen.

Der Bürgermeister von Proßnitz, der tschechische Genosse Stanislav Manhart, ist vorgestern gestorben. Er litt an einer schweren Herzkrankheit. Der Verstorbenen war einer von denjenigen, welche die tschechische Arbeiterbewegung in Mähren mitbegründeten halfen. Er war in allen Zweigen der Bewegung tätig. Im Gau Proßnitz der tschechischen sozialdemokratischen Parteiorganisation war er Vertrauensmann-Stellvertreter, war Herausgeber des dortigen Blattes, Funktionär der Genossenschaften und des Arbeiter-Turnvereins. Er bekleidete das Amt des Bürgermeisters seit 1919.

Großen Wohnungsjobungen. In man im Kölner Wohnungsausschuss auf die Spur gekommen. Der frühere Angestellte Dr. Lebeder, der bereits entlassen worden ist, hat von verschiedenen Mietern, die auf dem Wohnungsausschuss Wohnung suchten, Beträge von 50 bis 100 Mark angenommen und diese Mieter dann bei der Zuteilung der Wohnungen bevorzugt. Die Staatsanwaltschaft ist bemüht, noch weitere Fälle aufzudecken, ferner die Leute festzustellen, die dem unethischen Angestellten die Bestechungsgelder zugewendet haben. Es wird ferner nachgeprüft werden, ob diese durch die Bestechungen nachgewiesenen Wohnungen von den jetzigen Inhabern nicht dem Wohnungsausschuss wieder zur Verfügung gestellt werden müssen.

Der Banditenklub. Unter den merkwürdigen Klubs, an denen in Amerika wahrlich kein Mangel ist, verdient der vor einiger Zeit in New York eröffnete Banditenklub besondere Erwähnung. Wie deutsche Blätter berichten, hat ein Dollarmillionär, der die Sünden seines Kaiserlebens durch seine „Humanität“ aus der Welt zu schaffen hofft, ein fünfstöckiges Gebäude errichten lassen, das er ehemaligen Zuchthäuslern als Klubhaus widmet. Jeder Sträfling, der mindestens zwei Jahre gebrummt hat, kann sich um die Aufnahme in den Klub bewerben. Bis jetzt hat der Klub etwa dreihundert Mitglieder. Die Aufnahmebedingungen werden aber offenbar sehr streng eingehalten. Denn als kürzlich drei junge Leute erschienen und ihre Zulassung in den Klub begehrten, wurden sie abgewiesen, weil ihre „Dokumente“ nicht in Ordnung waren. Das heißt, sie konnten keine zweijährige Zuchthausstrafe nachweisen. Während zogen sie ab und stießen allerlei Verwünschungen und Drohungen gegen das Haus aus. Wenige Tage später wurde auch wirklich im Klub ein eingebrochen und der gesamte Inhalt der Klubkasse gestohlen. Die Mitglieder des Klubs, fast alle auf diesem Gebiet, hatten es natürlich gleich heraus, an wen man sich um Auskunft über den Verbleib des Geldes zu wenden hatte. Sie stöberten die drei abgewiesenen Mitgliedschaftsbewerber in einer Spinnstube auf, erwischten sie gerade bei der Verteilung der Beute und waren diesmal mit der Polizei im Bunde bei der Festnahme der drei Einbrecher. Die werden nun sicher ihre zwei Jahre kriegen und danach vollwertige Mitglieder des Banditenklubs werden können.

Spitalhande in Preburg. Der 35jährige Apothekenlaborant Ladislav Rodau aus Wien machte wegen Arbeitslosigkeit in einem Preburg Hotel einen Selbstmordversuch mit Morphium. Im Staatsstrankenhaus wurde der mit dem Tode Ringende wegen Plagmangels abgewiesen, im städtischen Spital deshalb, weil er Ausländer sei. Der Arzt der Rettungsgesellschaft fuhr noch in zwei Spitäler der Umgebung — vergeblich! Nach drei Stunden brachte er ihn ins Polizeikommissariat Innere Stadt, wo der Todtrank dann in einer Einzelzelle vom Polizeiarzt behandelt wurde. Die Hilfe kam aber zu spät, wenige Minuten nachher starb Rodau. Angeblich soll eine strenge Untersuchung gegen die betreffenden Spitalärzte eingeleitet worden sein.

Starke Regengüsse. In den letzten Tagen in Südböhmen, so daß die Flüsse über die Ufer getreten sind und stellenweise Überschwemmungen verursacht. Der Fluß Bardo ist in größerem Maße über die Ufer getreten und hat die Bahnlinie Belgard-Salontitz zwischen Neßitz und Gabeli überschwemmt. An der Instandsetzung der Strecke wird intensiv gearbeitet, so daß der unterbrochene Verkehr im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen werden wird. Die starken Regengüsse dauern in unverminderter Stärke an.

So was wird einmal König sein. Der Prince of Wales, das ist der englische Kron-

Vom Rundfunk.

Empfehlenswerthes aus den Programmen.

Freitag.

Frage: 12.00—12.35 Mitteilungszeit, 12.35—13.00 Samstagsnachricht, 13.00—13.15 Deutsche Sendung: Tagesneuigkeiten, hierauf landwirtschaftliche Sendung: Germanische Viehzucht, 13.15—13.30 Nachrichten, 13.30—13.45 Der Reichsminister des Innern, 13.45—14.00 Die deutsche Wirtschaft, 14.00—14.15 Die deutsche Wirtschaft, 14.15—14.30 Die deutsche Wirtschaft, 14.30—14.45 Die deutsche Wirtschaft, 14.45—15.00 Die deutsche Wirtschaft, 15.00—15.15 Die deutsche Wirtschaft, 15.15—15.30 Die deutsche Wirtschaft, 15.30—15.45 Die deutsche Wirtschaft, 15.45—16.00 Die deutsche Wirtschaft, 16.00—16.15 Die deutsche Wirtschaft, 16.15—16.30 Die deutsche Wirtschaft, 16.30—16.45 Die deutsche Wirtschaft, 16.45—17.00 Die deutsche Wirtschaft, 17.00—17.15 Die deutsche Wirtschaft, 17.15—17.30 Die deutsche Wirtschaft, 17.30—17.45 Die deutsche Wirtschaft, 17.45—18.00 Die deutsche Wirtschaft, 18.00—18.15 Die deutsche Wirtschaft, 18.15—18.30 Die deutsche Wirtschaft, 18.30—18.45 Die deutsche Wirtschaft, 18.45—19.00 Die deutsche Wirtschaft, 19.00—19.15 Die deutsche Wirtschaft, 19.15—19.30 Die deutsche Wirtschaft, 19.30—19.45 Die deutsche Wirtschaft, 19.45—20.00 Die deutsche Wirtschaft, 20.00—20.15 Die deutsche Wirtschaft, 20.15—20.30 Die deutsche Wirtschaft, 20.30—20.45 Die deutsche Wirtschaft, 20.45—21.00 Die deutsche Wirtschaft, 21.00—21.15 Die deutsche Wirtschaft, 21.15—21.30 Die deutsche Wirtschaft, 21.30—21.45 Die deutsche Wirtschaft, 21.45—22.00 Die deutsche Wirtschaft, 22.00—22.15 Die deutsche Wirtschaft, 22.15—22.30 Die deutsche Wirtschaft, 22.30—22.45 Die deutsche Wirtschaft, 22.45—23.00 Die deutsche Wirtschaft, 23.00—23.15 Die deutsche Wirtschaft, 23.15—23.30 Die deutsche Wirtschaft, 23.30—23.45 Die deutsche Wirtschaft, 23.45—24.00 Die deutsche Wirtschaft, 24.00—24.15 Die deutsche Wirtschaft, 24.15—24.30 Die deutsche Wirtschaft, 24.30—24.45 Die deutsche Wirtschaft, 24.45—25.00 Die deutsche Wirtschaft, 25.00—25.15 Die deutsche Wirtschaft, 25.15—25.30 Die deutsche Wirtschaft, 25.30—25.45 Die deutsche Wirtschaft, 25.45—26.00 Die deutsche Wirtschaft, 26.00—26.15 Die deutsche Wirtschaft, 26.15—26.30 Die deutsche Wirtschaft, 26.30—26.45 Die deutsche Wirtschaft, 26.45—27.00 Die deutsche Wirtschaft, 27.00—27.15 Die deutsche Wirtschaft, 27.15—27.30 Die deutsche Wirtschaft, 27.30—27.45 Die deutsche Wirtschaft, 27.45—28.00 Die deutsche Wirtschaft, 28.00—28.15 Die deutsche Wirtschaft, 28.15—28.30 Die deutsche Wirtschaft, 28.30—28.45 Die deutsche Wirtschaft, 28.45—29.00 Die deutsche Wirtschaft, 29.00—29.15 Die deutsche Wirtschaft, 29.15—29.30 Die deutsche Wirtschaft, 29.30—29.45 Die deutsche Wirtschaft, 29.45—30.00 Die deutsche Wirtschaft, 30.00—30.15 Die deutsche Wirtschaft, 30.15—30.30 Die deutsche Wirtschaft, 30.30—30.45 Die deutsche Wirtschaft, 30.45—31.00 Die deutsche Wirtschaft, 31.00—31.15 Die deutsche Wirtschaft, 31.15—31.30 Die deutsche Wirtschaft, 31.30—31.45 Die deutsche Wirtschaft, 31.45—32.00 Die deutsche Wirtschaft, 32.00—32.15 Die deutsche Wirtschaft, 32.15—32.30 Die deutsche Wirtschaft, 32.30—32.45 Die deutsche Wirtschaft, 32.45—33.00 Die deutsche Wirtschaft, 33.00—33.15 Die deutsche Wirtschaft, 33.15—33.30 Die deutsche Wirtschaft, 33.30—33.45 Die deutsche Wirtschaft, 33.45—34.00 Die deutsche Wirtschaft, 34.00—34.15 Die deutsche Wirtschaft, 34.15—34.30 Die deutsche Wirtschaft, 34.30—34.45 Die deutsche Wirtschaft, 34.45—35.00 Die deutsche Wirtschaft, 35.00—35.15 Die deutsche Wirtschaft, 35.15—35.30 Die deutsche Wirtschaft, 35.30—35.45 Die deutsche Wirtschaft, 35.45—36.00 Die deutsche Wirtschaft, 36.00—36.15 Die deutsche Wirtschaft, 36.15—36.30 Die deutsche Wirtschaft, 36.30—36.45 Die deutsche Wirtschaft, 36.45—37.00 Die deutsche Wirtschaft, 37.00—37.15 Die deutsche Wirtschaft, 37.15—37.30 Die deutsche Wirtschaft, 37.30—37.45 Die deutsche Wirtschaft, 37.45—38.00 Die deutsche Wirtschaft, 38.00—38.15 Die deutsche Wirtschaft, 38.15—38.30 Die deutsche Wirtschaft, 38.30—38.45 Die deutsche Wirtschaft, 38.45—39.00 Die deutsche Wirtschaft, 39.00—39.15 Die deutsche Wirtschaft, 39.15—39.30 Die deutsche Wirtschaft, 39.30—39.45 Die deutsche Wirtschaft, 39.45—40.00 Die deutsche Wirtschaft, 40.00—40.15 Die deutsche Wirtschaft, 40.15—40.30 Die deutsche Wirtschaft, 40.30—40.45 Die deutsche Wirtschaft, 40.45—41.00 Die deutsche Wirtschaft, 41.00—41.15 Die deutsche Wirtschaft, 41.15—41.30 Die deutsche Wirtschaft, 41.30—41.45 Die deutsche Wirtschaft, 41.45—42.00 Die deutsche Wirtschaft, 42.00—42.15 Die deutsche Wirtschaft, 42.15—42.30 Die deutsche Wirtschaft, 42.30—42.45 Die deutsche Wirtschaft, 42.45—43.00 Die deutsche Wirtschaft, 43.00—43.15 Die deutsche Wirtschaft, 43.15—43.30 Die deutsche Wirtschaft, 43.30—43.45 Die deutsche Wirtschaft, 43.45—44.00 Die deutsche Wirtschaft, 44.00—44.15 Die deutsche Wirtschaft, 44.15—44.30 Die deutsche Wirtschaft, 44.30—44.45 Die deutsche Wirtschaft, 44.45—45.00 Die deutsche Wirtschaft, 45.00—45.15 Die deutsche Wirtschaft, 45.15—45.30 Die deutsche Wirtschaft, 45.30—45.45 Die deutsche Wirtschaft, 45.45—46.00 Die deutsche Wirtschaft, 46.00—46.15 Die deutsche Wirtschaft, 46.15—46.30 Die deutsche Wirtschaft, 46.30—46.45 Die deutsche Wirtschaft, 46.45—47.00 Die deutsche Wirtschaft, 47.00—47.15 Die deutsche Wirtschaft, 47.15—47.30 Die deutsche Wirtschaft, 47.30—47.45 Die deutsche Wirtschaft, 47.45—48.00 Die deutsche Wirtschaft, 48.00—48.15 Die deutsche Wirtschaft, 48.15—48.30 Die deutsche Wirtschaft, 48.30—48.45 Die deutsche Wirtschaft, 48.45—49.00 Die deutsche Wirtschaft, 49.00—49.15 Die deutsche Wirtschaft, 49.15—49.30 Die deutsche Wirtschaft, 49.30—49.45 Die deutsche Wirtschaft, 49.45—50.00 Die deutsche Wirtschaft, 50.00—50.15 Die deutsche Wirtschaft, 50.15—50.30 Die deutsche Wirtschaft, 50.30—50.45 Die deutsche Wirtschaft, 50.45—51.00 Die deutsche Wirtschaft, 51.00—51.15 Die deutsche Wirtschaft, 51.15—51.30 Die deutsche Wirtschaft, 51.30—51.45 Die deutsche Wirtschaft, 51.45—52.00 Die deutsche Wirtschaft, 52.00—52.15 Die deutsche Wirtschaft, 52.15—52.30 Die deutsche Wirtschaft, 52.30—52.45 Die deutsche Wirtschaft, 52.45—53.00 Die deutsche Wirtschaft, 53.00—53.15 Die deutsche Wirtschaft, 53.15—53.30 Die deutsche Wirtschaft, 53.30—53.45 Die deutsche Wirtschaft, 53.45—54.00 Die deutsche Wirtschaft, 54.00—54.15 Die deutsche Wirtschaft, 54.15—54.30 Die deutsche Wirtschaft, 54.30—54.45 Die deutsche Wirtschaft, 54.45—55.00 Die deutsche Wirtschaft, 55.00—55.15 Die deutsche Wirtschaft, 55.15—55.30 Die deutsche Wirtschaft, 55.30—55.45 Die deutsche Wirtschaft, 55.45—56.00 Die deutsche Wirtschaft, 56.00—56.15 Die deutsche Wirtschaft, 56.15—56.30 Die deutsche Wirtschaft, 56.30—56.45 Die deutsche Wirtschaft, 56.45—57.00 Die deutsche Wirtschaft, 57.00—57.15 Die deutsche Wirtschaft, 57.15—57.30 Die deutsche Wirtschaft, 57.30—57.45 Die deutsche Wirtschaft, 57.45—58.00 Die deutsche Wirtschaft, 58.00—58.15 Die deutsche Wirtschaft, 58.15—58.30 Die deutsche Wirtschaft, 58.30—58.45 Die deutsche Wirtschaft, 58.45—59.00 Die deutsche Wirtschaft, 59.00—59.15 Die deutsche Wirtschaft, 59.15—59.30 Die deutsche Wirtschaft, 59.30—59.45 Die deutsche Wirtschaft, 59.45—60.00 Die deutsche Wirtschaft, 60.00—60.15 Die deutsche Wirtschaft, 60.15—60.30 Die deutsche Wirtschaft, 60.30—60.45 Die deutsche Wirtschaft, 60.45—61.00 Die deutsche Wirtschaft, 61.00—61.15 Die deutsche Wirtschaft, 61.15—61.30 Die deutsche Wirtschaft, 61.30—61.45 Die deutsche Wirtschaft, 61.45—62.00 Die deutsche Wirtschaft, 62.00—62.15 Die deutsche Wirtschaft, 62.15—62.30 Die deutsche Wirtschaft, 62.30—62.45 Die deutsche Wirtschaft, 62.45—63.00 Die deutsche Wirtschaft, 63.00—63.15 Die deutsche Wirtschaft, 63.15—63.30 Die deutsche Wirtschaft, 63.30—63.45 Die deutsche Wirtschaft, 63.45—64.00 Die deutsche Wirtschaft, 64.00—64.15 Die deutsche Wirtschaft, 64.15—64.30 Die deutsche Wirtschaft, 64.30—64.45 Die deutsche Wirtschaft, 64.45—65.00 Die deutsche Wirtschaft, 65.00—65.15 Die deutsche Wirtschaft, 65.15—65.30 Die deutsche Wirtschaft, 65.30—65.45 Die deutsche Wirtschaft, 65.45—66.00 Die deutsche Wirtschaft, 66.00—66.15 Die deutsche Wirtschaft, 66.15—66.30 Die deutsche Wirtschaft, 66.30—66.45 Die deutsche Wirtschaft, 66.45—67.00 Die deutsche Wirtschaft, 67.00—67.15 Die deutsche Wirtschaft, 67.15—67.30 Die deutsche Wirtschaft, 67.30—67.45 Die deutsche Wirtschaft, 67.45—68.00 Die deutsche Wirtschaft, 68.00—68.15 Die deutsche Wirtschaft, 68.15—68.30 Die deutsche Wirtschaft, 68.30—68.45 Die deutsche Wirtschaft, 68.45—69.00 Die deutsche Wirtschaft, 69.00—69.15 Die deutsche Wirtschaft, 69.15—69.30 Die deutsche Wirtschaft, 69.30—69.45 Die deutsche Wirtschaft, 69.45—70.00 Die deutsche Wirtschaft, 70.00—70.15 Die deutsche Wirtschaft, 70.15—70.30 Die deutsche Wirtschaft, 70.30—70.45 Die deutsche Wirtschaft, 70.45—71.00 Die deutsche Wirtschaft, 71.00—71.15 Die deutsche Wirtschaft, 71.15—71.30 Die deutsche Wirtschaft, 71.30—71.45 Die deutsche Wirtschaft, 71.45—72.00 Die deutsche Wirtschaft, 72.00—72.15 Die deutsche Wirtschaft, 72.15—72.30 Die deutsche Wirtschaft, 72.30—72.45 Die deutsche Wirtschaft, 72.45—73.00 Die deutsche Wirtschaft, 73.00—73.15 Die deutsche Wirtschaft, 73.15—73.30 Die deutsche Wirtschaft, 73.30—73.45 Die deutsche Wirtschaft, 73.45—74.00 Die deutsche Wirtschaft, 74.00—74.15 Die deutsche Wirtschaft, 74.15—74.30 Die deutsche Wirtschaft, 74.30—74.45 Die deutsche Wirtschaft, 74.45—75.00 Die deutsche Wirtschaft, 75.00—75.15 Die deutsche Wirtschaft, 75.15—75.30 Die deutsche Wirtschaft, 75.30—75.45 Die deutsche Wirtschaft, 75.45—76.00 Die deutsche Wirtschaft, 76.00—76.15 Die deutsche Wirtschaft, 76.15—76.30 Die deutsche Wirtschaft, 76.30—76.45 Die deutsche Wirtschaft, 76.45—77.00 Die deutsche Wirtschaft, 77.00—77.15 Die deutsche Wirtschaft, 77.15—77.30 Die deutsche Wirtschaft, 77.30—77.45 Die deutsche Wirtschaft, 77.45—78.00 Die deutsche Wirtschaft, 78.00—78.15 Die deutsche Wirtschaft, 78.15—78.30 Die deutsche Wirtschaft, 78.30—78.45 Die deutsche Wirtschaft, 78.45—79.00 Die deutsche Wirtschaft, 79.00—79.15 Die deutsche Wirtschaft, 79.15—79.30 Die deutsche Wirtschaft, 79.30—79.45 Die deutsche Wirtschaft, 79.45—80.00 Die deutsche Wirtschaft, 80.00—80.15 Die deutsche Wirtschaft, 80.15—80.30 Die deutsche Wirtschaft, 80.30—80.45 Die deutsche Wirtschaft, 80.45—81.00 Die deutsche Wirtschaft, 81.00—81.15 Die deutsche Wirtschaft, 81.15—81.30 Die deutsche Wirtschaft, 81.30—81.45 Die deutsche Wirtschaft, 81.45—82.00 Die deutsche Wirtschaft, 82.00—82.15 Die deutsche Wirtschaft, 82.15—82.30 Die deutsche Wirtschaft, 82.30—82.45 Die deutsche Wirtschaft, 82.45—83.00 Die deutsche Wirtschaft, 83.00—83.15 Die deutsche Wirtschaft, 83.15—83.30 Die deutsche Wirtschaft, 83.30—83.45 Die deutsche Wirtschaft, 83.45—84.00 Die deutsche Wirtschaft, 84.00—84.15 Die deutsche Wirtschaft, 84.15—84.30 Die deutsche Wirtschaft, 84.30—84.45 Die deutsche Wirtschaft, 84.45—85.00 Die deutsche Wirtschaft, 85.00—85.15 Die deutsche Wirtschaft, 85.15—85.30 Die deutsche Wirtschaft, 85.30—85.45 Die deutsche Wirtschaft, 85.45—86.00 Die deutsche Wirtschaft, 86.00—86.15 Die deutsche Wirtschaft, 86.15—86.30 Die deutsche Wirtschaft, 86.30—86.45 Die deutsche Wirtschaft, 86.45—87.00 Die deutsche Wirtschaft, 87.00—87.15 Die deutsche Wirtschaft, 87.15—87.30 Die deutsche Wirtschaft, 87.30—87.45 Die deutsche Wirtschaft, 87.45—88.00 Die deutsche Wirtschaft, 88.00—88.15 Die deutsche Wirtschaft, 88.15—88.30 Die deutsche Wirtschaft, 88.30—88.45 Die deutsche Wirtschaft, 88.45—89.00 Die deutsche Wirtschaft, 89.00—89.15 Die deutsche Wirtschaft, 89.15—89.30 Die deutsche Wirtschaft, 89.30—89.45 Die deutsche Wirtschaft, 89.45—90.00 Die deutsche Wirtschaft, 90.00—90.15 Die deutsche Wirtschaft, 90.15—90.30 Die deutsche Wirtschaft, 90.30—90.45 Die deutsche Wirtschaft, 90.45—91.00 Die deutsche Wirtschaft, 91.00—91.15 Die deutsche Wirtschaft, 91.15—91.30 Die deutsche Wirtschaft, 91.30—91.45 Die deutsche Wirtschaft, 91.45—92.00 Die deutsche Wirtschaft, 92.00—92.15 Die deutsche Wirtschaft, 92.15—92.30 Die deutsche Wirtschaft, 92.30—92.45 Die deutsche Wirtschaft, 92.45—93.00 Die deutsche Wirtschaft, 93.00—93.15 Die deutsche Wirtschaft, 93.15—93.30 Die deutsche Wirtschaft, 93.30—93.45 Die deutsche Wirtschaft, 93.45—94.00 Die deutsche Wirtschaft, 94.00—94.15 Die deutsche Wirtschaft, 94.15—94.30 Die deutsche Wirtschaft, 94.30—94.45 Die deutsche Wirtschaft, 94.45—95.00 Die deutsche Wirtschaft, 95.00—95.15 Die deutsche Wirtschaft, 95.15—95.30 Die deutsche Wirtschaft, 95.30—95.45 Die deutsche Wirtschaft, 95.45—96.00 Die deutsche Wirtschaft, 96.00—96.15 Die deutsche Wirtschaft, 96.15—96.30 Die deutsche Wirtschaft, 96.30—96.45 Die deutsche Wirtschaft, 96.45—97.00 Die deutsche Wirtschaft, 97.00—97.15 Die deutsche Wirtschaft, 97.15—97.30 Die deutsche Wirtschaft, 97.30—97.45 Die deutsche Wirtschaft, 97.45—98.00 Die deutsche Wirtschaft, 98.00—98.15 Die deutsche Wirtschaft, 98.15—98.30 Die deutsche Wirtschaft, 98.30—98.45 Die deutsche Wirtschaft, 98.45—99.00 Die deutsche Wirtschaft, 99.00—99.15 Die deutsche Wirtschaft, 99.15—99.30 Die deutsche Wirtschaft, 99.30—99.45 Die deutsche Wirtschaft, 99.45—100.00 Die deutsche Wirtschaft, 100.00—100.15 Die deutsche Wirtschaft, 100.15—100.30 Die deutsche Wirtschaft, 100.30—100.45 Die deutsche Wirtschaft, 100.45—101.00 Die deutsche Wirtschaft, 101.00—101.15 Die deutsche Wirtschaft, 101.15—101.30 Die deutsche Wirtschaft, 101.30—101.45 Die deutsche Wirtschaft, 101.45—102.00 Die deutsche Wirtschaft, 102.00—102.15 Die deutsche Wirtschaft, 102.15—102.30 Die deutsche Wirtschaft, 102.30—102.45 Die deutsche Wirtschaft, 102.45—103.00 Die deutsche Wirtschaft, 103.00—103.15 Die deutsche Wirtschaft, 103.15—103.30 Die deutsche Wirtschaft, 103.30—103.45 Die deutsche Wirtschaft, 103.45—104.00 Die deutsche Wirtschaft, 104.00—104.15 Die deutsche Wirtschaft, 104.15—104.30 Die deutsche Wirtschaft, 104.30—104.45 Die deutsche Wirtschaft, 104.45—105.00 Die deutsche Wirtschaft, 105.00—105.15 Die deutsche Wirtschaft, 105.15—105.30 Die deutsche Wirtschaft, 105.30—105.45 Die deutsche Wirtschaft, 105.45—106.00 Die deutsche Wirtschaft, 106.00—106.15 Die deutsche Wirtschaft, 106.15—106.30 Die deutsche Wirtschaft, 106.30—106.45 Die deutsche Wirtschaft, 106.45—107.00 Die deutsche Wirtschaft, 107.00—107.15 Die deutsche Wirtschaft, 107.15—107.30 Die deutsche Wirtschaft, 107.30—107.45 Die deutsche Wirtschaft, 107.45—108.00 Die deutsche Wirtschaft, 108.00—108.15 Die deutsche Wirtschaft, 108.15—108.30 Die deutsche Wirtschaft, 108.30—108.45 Die deutsche Wirtschaft, 108.45—109.00 Die deutsche Wirtschaft, 109.00—109.15 Die deutsche Wirtschaft, 109.15—109.30 Die deutsche Wirtschaft, 109.30—109.45 Die deutsche Wirtschaft, 109.45—110.00 Die deutsche Wirtschaft, 110.00—110.15 Die deutsche Wirtschaft, 110.15—110.30 Die deutsche Wirtschaft, 110.30—110.45 Die deutsche Wirtschaft, 110.45—111.00 Die deutsche Wirtschaft, 111.00—111.15 Die deutsche Wirtschaft, 111.15—111.30 Die deutsche Wirtschaft, 111.30—111.45 Die deutsche Wirtschaft, 111.45—112.00 Die deutsche Wirtschaft, 112.00—112.15 Die deutsche Wirtschaft, 112.15—112.30 Die deutsche Wirtschaft, 112.30—112.45 Die deutsche Wirtschaft, 112.45—113.00 Die deutsche Wirtschaft, 113.00—113.15 Die deutsche Wirtschaft, 113.15—113.30 Die deutsche Wirtschaft, 113.30—113.45 Die deutsche Wirtschaft, 113.45—114.00 Die deutsche Wirtschaft, 114.00—114.15 Die deutsche Wirtschaft, 114.15—114.30 Die deutsche Wirtschaft, 114.30—114.45 Die deutsche Wirtschaft, 114.45—115.00 Die deutsche Wirtschaft, 115.00—115.15 Die deutsche Wirtschaft, 115.15—115.30 Die deutsche Wirtschaft, 115.30—115.45 Die deutsche Wirtschaft, 115.45—116.00 Die deutsche Wirtschaft, 116.00—116.15 Die deutsche Wirtschaft, 116.15—116.30 Die deutsche Wirtschaft, 116.30—116.45 Die deutsche Wirtschaft, 116.45—117.00 Die deutsche Wirtschaft, 117.00—117.15 Die deutsche Wirtschaft, 117.15—117.30 Die deutsche Wirtschaft, 117.30—117.45 Die deutsche Wirtschaft, 117.45—118.00 Die deutsche Wirtschaft, 118.00—118.15 Die deutsche Wirtschaft, 118.15—118.30 Die deutsche Wirtschaft, 118.30—118.45 Die deutsche Wirtschaft, 118.45—119.00 Die deutsche Wirtschaft, 119.00—119.15 Die deutsche Wirtschaft, 119.15—119.30 Die deutsche

